Morgen-Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus
In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 16.) bei C. H. Ulrici & Co. Breitestraße 14, in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei L. Streisand, in Breslau b. Emil Kabath.

Posener Zeitung.

Achtzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus
In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien bei G. L. Daube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank".

Nr. 147.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Mittwoch, 28. Februar

(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1877.

Abonnements auf die Posener Zeitung pro Monat März nehmen sämmtliche Postanstalten zum Betrage von 1 M. 82 Pfg., sowie die unterzeichnete Expedition und die Herren Distributeure zum Betrage von 1 M. 50 Pfg. an. Bestellungen bitten gefäll. bald zu machen.

Expedition der Posener Zeitung.

Die neue Ausgleichskrise in Oesterreich-Ungarn.

(Originalkorrespondenz aus Innerösterreich.)

„Das Ministerium hat in weiten Kreisen der Bevölkerung bereits das Vertrauen eingebüßt. Wenn wir durch das Ministerium auch zum Bankausgleiche gepreßt werden, wird die Bevölkerung jede Hoffnung auf einen wirthschaftlichen Aufschwung aufgeben und mit Recht am Parlamentarismus verzweifeln. Eine dualistisch-paritätische Bank wird immer eine Art Wechselbalg bleiben auf Kosten unseres Kredits und unserer wirthschaftlichen Unabhängigkeit. Wenn es nicht gelingt, gelegentlich des wirthschaftlichen Ausgleichs die politische Präpotenz der Ungarn auf ein gebührliches Maß herabzudrücken, dann würden wir mit der Bank den Ungarn nur das Geld geben zur Durchführung ihrer hochfliegenden politischen Pläne, welche sie jetzt hauptsächlich aus Mangel an Geld nicht ausführen können." Diese Worte des fortschrittlichen Abgeordneten Fux in der am 22. Februar zu Wien abgehaltenen Konferenz der Verfassungspartei repräsentiren die bündigste Verurtheilung des allerneuesten Projekts für den Bank-Ausgleich.

Der neue dem ungarischen Ministerium vom österreichischen Kabinet mundgerechter gemachte Plan ist bekanntlich folgender: Der Generalrath der Bank besteht aus einem Gouverneur, zwei Vize-Gouverneuren und zwölf Generalräthen. Der Gouverneur wird auf den gemeinsamen Vorschlag beider Regierungen, die Vizegouverneure werden auf den Vorschlag des betreffenden Finanzministers vom Kaiser ernannt. Die Generalräthe werden von der General-Versammlung gewählt, und zwar acht nach dem freien Ermessen der Versammlung und je zwei aus dem Ternavorschlage der Direktoren in Wien und Budapest; das Exekutivkomite soll aus dem Gouverneur und vier Mitgliedern bestehen, worunter indessen ein Ungar sein muß. Der Generalrath ist stets beschlußfähig, wenn der Gouverneur und fünf Mitglieder anwesend sind.

Man sieht auf den ersten Blick, daß die zwei von den beiden Regierungen (resp. vom Kaiser) zu ernennenden Vize-Gouverneure die Repräsentanten des auf die Bank angewendeten paritätischen Dualismus sind und daß man also in den pester Regierungskreisen aus reinem politischen Größenwahnsinn an der hirnverbrannten Idee der Theilung des Kredits festhält. Noch mehr: Man würde in Budapest bald genug in der skizzirten Zusammensetzung der neuen Bankleitung ein Mittel finden, Oesterreich auch in wirthschaftlicher Beziehung zu einem bloßen Anhängsel Ungarns herabzudrücken, ohne daß sich übrigens der Kredit des letzteren heben würde. Oesterreich würde nur mehr die Rolle der arbeitenden Magd spielen, während der faulenzende Magyar die Frucht der Arbeit leichtsinnig verprassen würde. — Die Bankdirektion hat denn auch in richtiger Erwägung dieser Umstände die Ernennung der Vize-Gouverneure durch die Regierungen abgelehnt und dadurch den Anstoß gegeben zu der allerjüngsten österreichischen Ministerkrisis.

Daß magyarische Staatsmänner und Politiker das Unmögliche von Oesterreich verlangen, und daß sie in ihrer blinden National-eitelkeit nicht einsehen, daß sie nahe daran sind, die Henne zu verspeisen in der Jagd nach ihren goldenen Eiern, das darf uns bei der Impotenz und Ignoranz der Magyaren auf dem wirthschaftlichen und finanziellen Gebiete nicht wundern. Derlei gehört zu den Eigenthümlichkeiten dieses „interessanten" Zweiges der finnisch-ungarischen Völkerfamilie, der nur die Türken als nahe Verwandten sich zwischen die arischen Nationen eingeschoben hat. Tiefes Staunen nur muß es erregen, daß das österreichische Ministerium Auersperg sich nicht entblödete, in der Parteikonferenz für den obigen Entwurf einzutreten d. h. die Interessen Ungarns zu vertheidigen und der Verfassungspartei Nachgiebigkeit anzurathen, dieselbe namentlich darauf aufmerksam machend, daß man dem Kabinet Tisza nicht die einzige Rückzugslinie nehmen dürfe.

Soll man diese Haltung der österreichischen Regierung auf einen Mangel an Einsicht in die Dinge oder an österreichischen Patriotismus oder gar auf eine höhere Weisung zurückführen? Es ist wahr, daß durch die Differenzen in der Bankfrage der gesammte Ausgleich gefährdet ist. Wer aber hat diesen Zwiespalt hervorgerufen? Oesterreich nicht. Seine Politiker sind vom Anfang der Ausgleichskampagne an mit einer an Vernachlässigung der österreichischen und gesammtstaatlichen Interessen streifenden Bescheidenheit aufgetreten und haben sich bis zu diesem Augenblick nur abwehrend gegen die dreisten, die Zerreißung der Monarchie heraufbeschwörenden Forderungen Ungarns, richtiger der privilegirten magyarischen Politiker verhalten, während dieselben über „Unterdrückung" und „Aussaugung durch Oesterreich" schimpften und den internationalen Anstand durch höchst unanständige Demonstrationen für den Rebellenchef Kossuth und für die Türken, die Erbfeinde und unmenschlichen Verwüster Oesterreichs in gröblichster Weise verletzten. — Wer trüge denn nun die Schuld an dem Nichtzustandekommen des Ausgleiches: das abwehrende, für seine und der Gesammtmonarchie Interessen eintretende Oesterreich oder das fordernde Ungarn, welches gleich Shylock auf seinem „Stück Fleisch" aus der habsburgischen Monarchie besteht?

Es ist also völlig unbegreiflich, wie ein österreichisches Ministerium verständiger Weise für die ungarischen Forderungen eintreten kann. Leider scheint dasselbe eines großen Theiles der Verfassungspartei sicher zu sein, denn nur die Fortschrittspartei und jene „Unabhängigen" der beiden anderen Fraktionen haben sich bis jetzt mannhaft gegen den vom Kabinet Auersperg protegirten „Bank-Wechselbalg" und überhaupt gegen jede Mehrbelastung Oesterreichs erklärt. Allerdings, was ist den „Gründern", „Börsenspielern", „Höflingen" und ideenlosen Doktrinären a la Herbst der Linken und des Zentrums, die in der Steuergesetzgebung die Mehrbelastung der Armen anstreben, die gedankenlos der furchtbaren Noth gegenüberstehen, und nichts als allgemein abgedroschene Redensarten gegenüber den klerikalen Bestrebungen und den Verwicklungen der orientalischen Frage haben, — was ist diesen politischen Halbmännern Oesterreich? Was ist der österreichische Patriotismus? Wenn Cisleithanien heut dem deutschen Reiche einverleibt würde, dann würde diese verächtliche gedankenlose, jedes ehrlichen Patriotismus baare Clique sich lobpreisend vor Bismarck im Staube wälzen. Das sind unsere Volksvertreter, das sind Liberale, das sind die Hüter der Verfassung. Wenn es dem Ministerium Auersperg gelingt, natürlich dem in der Hofburg sich geltend machenden gewissen magyarischen Einflusse zu Liebe, das neue Bankprojekt und den gesammten Ausgleich im Reichsrathe durchzusetzen, so könnte es eben nur mit Hilfe jener charakterlosen „Liberalen" und dem „böswilligen" Beistande der klerikal-föderalistischen Rechten geschehen, die zu Allem die Hand bietet, was Aussicht gewährt, den Dualismus und mit ihm den Ruf der österreichischen Verfassungspartei und des „Liberalismus" insbesondere gründlich zu ruiniren. Die Aussichten sind zur Stunde so klägliche, daß eine große die ganze Monarchie ergreifende gewaltsame Krisis entschieden jener Verschleppungspolitik vorzuziehen wäre, welche die unausbleibliche Auseinandersetzung zwischen Oesterreich und Ungarn nur vertagt und dadurch gefährlicher macht.

Deutschland.

△ **Berlin**, 26. Februar. Die Vereinigung der Konservativen, wie sie jetzt angekündigt wird, geschieht, wie aus den Namen der bekanntesten Unterzeichner zu schließen ist, unzweifelhaft in gouvernementaler Richtung. Damit hängt es wahrscheinlich zusammen, daß diejenigen Abgeordneten, deren Namen auf andere Tendenzen schließen lassen könnten, für's Erste nicht ausdrücklich beigetreten sind, obwohl versichert wird, daß auch diese die Nothwendigkeit eines festen Zusammengehens mit der Regierung und einer darauf beruhenden Parteibildung in den Vorbesprechungen entschieden anerkannt haben. — Was die Freikonservativen betrifft, so werden diese zwar ihre selbstständige Organisation schwerlich aufgeben, wohl aber dürften dieselben zu einer beständigen vertrauensvollen Verständigung mit den übrigen Konservativen bereit sein. — Der jetzt vorliegende Gesammt-Etat des deutschen Reiches für 1877 bis 1878 normirt die Ausgabe auf 542,841,776 Mark, nämlich auf 414,723,428 Mark an fortdauernden und auf 128,118,348 Mark an einmaligen Ausgaben. Hievon werden 97,361,482 Mark durch Matrikularbeiträge aufzubringen sein. Die spezielle Berechnung und Repartition derselben wird nachfolgen. Auch wird es nach den Erläuterungen zum Etat den Berathungen im Bundesrath vorbehalten, eine Vermehrung der eigenen Einnahmen des Reiches zur Herabminderung der Matrikularbeiträge in Erwägung zu ziehen. Das Etats-Gesetz bestimmt ferner, daß der Reichskanzler ermächtigt wird, zur vorübergehenden Verstärkung des ordentlichen Betriebsfonds der Reichshauptkasse nach Bedarf, jedoch nicht über den Betrag von 24,000,000 Mark und behufs der Beschaffung eines Betriebsfonds zur Durchführung der Münzreform bis zum Betrage von 75,000,000 Mark Schatzanweisungen auszugeben, deren Dauer der Umlaufszeit den 30. September 1878 nicht überschreiten darf. Die Bestimmung des Zinsfußes dieser Schatzanweisungen wird dem Reichskanzler überlassen. Die Deckungsmittel für die Erweiterung der Umwallung von Straßburg (1,300,000 Mark), für die Erweiterung der Militär-Erziehungs- und Bildungsanstalten (3,026,500 M.) und für den Bau eines Kasernements für die Artillerie-Schießschule in Berlin (400,000 M.) sind vorschußweise aus dem Reichs-Festungbaufonds zu entnehmen. Die Rückerstattung erfolgt je aus den von der Stadt Straßburg für entbehrlich werdende Grundstücke zu zahlenden 17 Millionen Mark, aus den Verkaufserlösen der Grundstücke des jetzigen berliner Kadettenhauses in der Kriegsakademie und aus dem Verkaufserlöse des alten Kasernements der Artillerie-Schießschule.

B. A. C. **Berlin**, 26. Februar. Im Abgeordnetenhause ist die zweite Berathung des Etats jetzt abgeschlossen; dieselbe hat im Ganzen nicht volle 5 Wochen in Anspruch genommen, und während dieser Zeit sind die übrigen Geschäfte des Landtages bis auf einige Rückstände mit erledigt worden. Die Zeit von 5 Wochen ist an sich genommen für die zweite Berathung des Staatshaushaltsetats nicht zu lang. Man hat seit Jahren schon die Erfahrung gemacht, daß etwa 6 bis 7 Wochen die Zeit sind, in welcher eine eigentliche Erledigung des Etats möglich ist. Dennoch ist der Gang der Verhandlungen kein befriedigender gewesen, auch wenn man von den sehr großen Anstrengungen absieht, welche die Bewältigung des Etats wegen der Zuhilfenahme von Abendsitzungen nothwendig machte; das Unbefriedigende lag vielmehr in der ungleichmäßigen Vertheilung der Arbeitszeit. Der „Kulturkampf" hat in der Etatberathung diesmal einen so breiten Raum eingenommen, daß die eigentlichen budgetmäßigen Fragen dadurch fast vollständig in den Hintergrund gedrängt wurden. Am meisten ist dieses hervorgetreten beim Etat des Kultus und des Unterrichts, wo die Ausgaben für Elementarschulen, Gymnasien, Universitäten, für Wissenschaft und Kunst, die überwiegend sächliche Momente darboten, der Geschäftslage wegen nicht zur vollständigen Erörterung kommen konnten. Namentlich ist dieses zu bedauern in Betreff der für die kommunale Verwaltung des Unterrichtswesens und für das Budget gleich wichtige Frage der Errichtung von Mittelschulen und der Staatszuschüsse an die Gymnasien. Von allen Seiten wird zugegeben, daß diese Zustände unbefriedigende sind, und ebenso allgemein wird der Wunsch getheilt, daß eine Besserung derselben angebahnt werden möchte. Die Berathung über diesen allseitig interessirenden Gegenstand mußte der Geschäftslage wegen unterbrochen werden. Der Verlauf der Verhandlungen über das Budget giebt übrigens ein Bild der ganzen Session, in welcher die zu einer objektiv sachlichen Erörterung sich eignenden Gegenstände weit weniger Raum hatten, einen um so breiteren Raum dagegen der „Kulturkampf" einnahm. Als das Wesentliche dieses Bildes kann man bezeichnen, daß diesmal der Kampf von Seiten des Zentrums schroffer und rücksichtsloser geführt worden ist, als je zuvor. Das einzige Tröstliche an dieser Erscheinung ist, daß, wie die letzten Tage einige Andeutungen darüber gegeben haben, diese Art des Kampfes mindestens ihren Höhepunkt erreicht, ja vielleicht schon überschritten hat. Diese Erscheinung wird auch durch den Schluß bestätigt, daß eine Steigerung des heftigen und rücksichtslosen Wesens parlamentarisch nicht mehr möglich ist, es scheint offenbar das Zentrum selbst an der Grenze angekommen zu sein, wo zu erwägen ist, ob der Streit über diese Grenze hinaus fortgeführt werden soll. Nach den neuerlichen Enthüllungen, die einen kurzen Einblick gestattet haben, zeigt sich, daß auch hier zwei Ansichten gegen einander kämpfen, und wenn hier nicht diejenige die Oberhand erhält, welche die Gemüther erhitzen will, bis zu einem Kampf, der mit anderen als parlamentarischen Mitteln auszutragen ist, so wird der Seite, welche diese Ansichten zeigt, nichts anderes übrig bleiben, als den Weg rückwärts zu suchen. — Die parlamentariche Geschäftslage, wie sie sich während des nebeneinander Tagens des deutschen Reichstags und preußischen Landtages gestaltet, ist für diejenigen Mitglieder, welche beiden Körperschaften angehören, diesmal mit keinen erheblichen Unbequemlichkeiten verknüpft. Das Abgeordnetenhaus wird mit den ihm noch obliegenden Arbeiten etwa gerade in der Zeit fertig werden können, welche der Reichstag sich gönnen muß, um die Vorlagen, die ihm zugegangen sind und noch zugehen werden, zu Diskussionsreife gedeihen zu lassen. Der Reichstag kann in die erste Berathung des Etatgesetzes nicht eher eintreten, als bis ihm sämmtliche Spezialetats zugegangen sind; von sonstigen Vorlagen, über die in Berathung getreten werden könnte, liegen nur vor das Gesetz wegen der Verhinderung von Seeunfällen, welches indessen den Eintritt in die materielle Thätigkeit nicht lohnt, und das Gesetz, betreffend die Landesgesetzgebung von Elaß-Lothringen. Das letztere Gesetz erfordert jedenfalls eine sehr reifliche Erwägung, damit die erste Berathung nicht unter Unklarheiten und Mißverständnissen Schaden leide. Wenn nun diese Geschäftslage für diejenigen Reichstagsmitglieder, welche zugleich einem der Häuser des preußischen Landtages angehören, eine ganz bequeme ist, so ist sie doch andererseits für diejenigen Reichstagsmitglieder, die ohne eine solche Nebenbeschäftigung in Berlin sich aufzuhalten genöthigt sind, minder angenehm. Der Reichstag ist — man darf dieses Geheimniß jetzt, wo seine Beschlußfähigkeit gesichert ist, wohl ausplaudern — um eine Woche zu früh einberufen worden.

Ω **Berlin**, 26. Febr. Nach einer Mittheilung der gewöhnlich gut unterrichteten „Allg. Milit. Ztg." beabsichtigt die Regierung demnächst das Eisenbahn-Regiment noch um ein drittes Bataillon zu verstärken, das vorzugsweise für den Feldtelegraphendienst bestimmt sein und in Mainz garnisoniren soll. Von einer noch ferneren Verstärkung der deutschen Eisenbahntruppen ist allerdings auch schon früher die Rede gewesen, doch verlautete damals, daß die eine der baierschen Armee zugetheilte Eisenbahn-Kompagnie zu zwei Kompanien erweitert werden sollte, wozu für die drei süddeutschen Armee-Corps Nr. 13, 14 und 15 vielleicht noch zwei Kompagnien hinzutreten würden. Interessant erscheint demgegenüber die neue Organisation, welche vor einigen Wochen in Frankreich für die Eisenbahntruppen in Kraft getreten ist. Es bestanden bisher dort vier Eisenbahn-Kompagnien, welche sich den Genie-Regimentern zugetheilt befanden. Die Zahl derselben ist jetzt auf acht vermehrt worden, deren jede aus einer Betriebs-, einer Linien- und einer Material-Abtheilung besteht und auf Kriegsfuß eine Stärke von 1100 M. besitzen soll. Der Gesammtstand an Eisenbahntruppen würde danach für diesen Staat künftig 8800 Mann betragen. Die Friedensstämme dieser acht Kompagnieen befinden sich zur fortdauernden aktiven Dienstleistung den großen französischen Bahnlinien beigegeben. Das gleiche Verhältniß waltet, nur mit der Ausdehnung auf den Zivildienst, auch für sämmtliche Reserve-Offiziere und Mannschaften dieser Kompagnieen ob, wobei die Einberufung dieser Offiziere und Mannschaften zum aktiven Militärdienst ausschließlich für den Kriegsfall vorgesehen bleibt. Beiläufig ist diese Neuorganisation seit mehreren Jahren der erste Versuch, mit welchem das französische Kriegsministerium von einer einfachen Nachahmung oder Erweiterung der in der preußisch-deutschen

Armee bestehenden Einrichtungen abgewichen, und in die Bahn eines eigenen Entwickelungsgangs eingelenkt ist, und scheint dasselbe hierbei keinen unglücklichen Griff gethan zu haben. Nach der neuesten Jahres-Registrande des Generalstabes, also jedenfalls nach der bestunterrichteten und zuverlässigsten Quelle, sind in dem Zeitraum vom 1. Oktober 1874 bis 31. Dezember 1875 in Deutschland nicht weniger als 73 neue Eisenbahnen dem Verkehr eröffnet worden, wovon 39 auf den östlichen und 33 auf den westlichen Komplex kommen. Im Bau begriffen waren gleichzeitig 81 neue Bahnen, und konzessionirt wurden noch 33 Bahnen. Beinahe diese sämmtliche neuen Eisenbahnbauten und Projekte betreffen jedoch nur kleine Zweige und Verbindungsbahnen, was sich auch schon daraus ergiebt, daß in demselben vorangeführten Zeitraum dem deutschen Eisenbahnnetz überhaupt insgesammt nur 250 Meilen neue Schienenwege hinzugetreten sind. Das Gebiet des Vereins deutscher Eisenbahnverwaltungen umfaßte zum Schluß des Jahres 1875 99 Bahnverwaltungen mit einer Gesammtbetriebslänge von 6042 Meilen, wovon jedoch nur 53 Verwaltungen mit 3498 Meilen Betriebslänge Deutschland unmittelbar angehörten. — Nachdem von der deutschen Admiralität vor etwa anderthalb Jahren auch der Lupis-Withehead-Offensiv-Torpedo erworben worden ist, sind neuerdings auf dem Gebiet des Torpedowesens zwei neue Erscheinungen in Wirksamkeit getreten, welche schwerlich verfehlen können, auch auf die Torpedoverwendung in der deutschen Marine eine Rückwirkung zu äußern. Von der russischen Regierung ist zunächst der neuerfundene Lay's'sche Offensiv-Torpedo käuflich erworben worden, der, wenn die von dort über die Wirkungs- und Verwendungsfähigkeit desselben berichteten Mittheilungen sich bestätigen sollten, den Whitehead-Torpedo nach allen Beziehungen soweit übertreffen würde, daß sich für die anderen Seemächte die Erwerbung dieses neuen Torpedo nahezu von selber bedingen dürfte. Wichtiger jedoch erscheint, daß seit vorigem Jahr in England alle neuerbauten Panzerschiffe mit einem Apparat zur Verwendung von Offensiv-Torpedo's versehen werden, während bei allen anderen Marinen und auch von der deutschen Marine für die Torpedo-Verwendung bisher nur besonders konstruirte leichte Torpedoboote in Benutzung gezogen worden sind. Auch für die älteren englischen Panzerschiffe soll die Hinzufügung derselben Torpedo-Ausrüstung noch beabsichtigt werden, und bei der immensen Ueberlegenheit, welche dieselbe den damit ausgestatteten Schiffen über jedes nur mit Geschütz armirte Panzerschiff gewähren würde, bleibt anzunehmen, daß auch die anderen Marinen schwerlich noch lange anstehen können, die gleiche Doppelausrüstung auch auf ihre Panzerflotten zu übertragen. Der Verlauf einer Seeschlacht, in welcher künftig außer den Monstre-Geschützen, welche gegenwärtig die Artillerieausrüstung der Panzerflotten bilden und dem Rammsporn, der daneben noch von den meisten Panzerschiffen geführt wird, auch diese neuen Offensiv-Torpedo mit einer Ladung von 150 Kilo Schießbaumwolle bis 3 Ztr. Dynamit in Wirksamkeit treten würden, dürfte demnach eine solche Fülle von Schrecknissen und Gefahren bieten, daß der Seekrieg damit in der That in ein Stadium eingetreten erschiene, in welchem die furchtbaren gegen einander in Verwendung gezogenen Zerstörungsmittel die Aufnahme eines Seekampfes kaum noch als möglich erachten lassen.

— Der Kaiser empfing Sonntag Nachmittags 2 Uhr das Präsidium des Reichstags, die Herren v. Forckenbeck, v. Stauffenberg und Fürst Hohenlohe-Langenburg. Wie das „Tgbl." hört, dauerte die Audienz eine Viertelstunde. Der Kaiser wies bereffs der orientalischen Frage wiederholt auf die Thronrede hin, welche die neutrale und doch freundschaftliche Position Deutschlands betone, und versicherte, daß Deutschland seine Bemühungen zur Erhaltung des europäischen Friedens fortsetzen werde. Schließlich sprach der Kaiser seine Hoffnung aus, daß es dem Reichstage gelingen werde, die für die erhöhten Ausgaben nothwendig werdenden Deckungsmittel zu finden. — Abends 7 Uhr hatten die drei Präsidenten eine neue, wenige Minuten währende Audienz bei der Kaiserin.

— Der Vertrag mit der Berlin-Dresdener Eisenbahn-Gesellschaft wegen Uebernahme des Betriebs durch den Staat ist vom Abgeordnetenhause in der heutigen Sitzung mit sehr geringer Majorität (189 gegen 182 Stimmen) in zweiter Lesung genehmigt worden. Daß die Regierung großen Werth auf die Annahme legte, zeigte das wiederholte Eingreifen der Herren Camphausen und Achenbach in die Debatte und die Theilnahme sämmtlicher dem Hause angehörender Minister an der Abstimmung. Von den Fraktionen stimmten die Fortschrittspartei, das Zentrum und die Altkonservativen gegen, der größte Theil der Nationalliberalen, der Frei- und der Neukonservativen für die Vorlage. Die Mehrheit wurde, wie die „N. L. C." meint, augenscheinlich der Hauptsache nach durch den Gedanken bestimmt, daß in dem einmal entstandenen Streite zwischen Preußen und Sachsen kein Grund vorliege, die Regierung im Stiche zu lassen, da der letzteren der Geist des Staatsvertrages von 1872 zur Seite stehe, und daß ein ablehnendes Votum welcherlei anderen und verschiedenen Beweggründen dasselbe immer entsprungen sein möge, nach außen hin doch vernehmlich so verstanden würde. In der Auslegung des Vertrags sich auf die Seite Sachsens zu stellen, unternahmen außer dem Referenten Berger auch die Sprecher der Minderheit nicht. Sie wollten entweder keine weitere Ausdehnung des Staatseisenbahnbetriebs, oder hielten die vorliegende Ausdehnung desselben nicht für zweckmäßig, oder endlich die unlautere Entstehung der Bahn — in dieser Stimmung schien sich namentlich der Referent der Budgetkommission Abg. Berger zu befinden — ließ sie nicht zur Erwägung des politischen Charakters der Frage kommen. Die sächsische Regierung ist durch die Aufwerfung des Reichseisenbahnprojekts anscheinend in eine Stimmung leidenschaftlicher Angst um's Leben gerathen, die sie rücksichtslos alle Mittel ergreifen läßt, um Preußen und das Recht für immer von den sächsischen Schienenwegen auszuschließen. Daher hat sie mit schweren Opfern, wie sie selbst gesteht, alle Privatbahnen in ihrem Lande eiligst aufgekauft. Daher versteht sie den Vertrag mit Preußen wegen der Berlin-Dresdener Bahn jetzt so ganz anders als 1872, wo er geschlossen wurde, und will nicht einmal die kleinste Strecke Schienenwegs in ihrem Lande von Preußen in Betrieb und verwaltet sehen.

Abgesehen davon, daß die Annahme nur mit 7 Stimmen Majorität erfolgte, erscheint das Schicksal der Vorlage deshalb noch keineswegs gesichert, weil von den entschiedenen Gegnern der Vorlage 6 Mitglieder der Fortschrittspartei und 24 Mitglieder des Zentrums bei der namentlichen Abstimmung gefehlt haben. Dieselben, welche sich theilweise auf Urlaub befinden, werden, wie der „Börs.-Cour." hört, per Draht eingeladen, der am Mittwoch voraussichtlich stattfindenden dritten Berathung beizuwohnen. Uebrigens wird, wie ferner berichtet wird, Fürst Bismarck bei dieser Gelegenheit zum ersten Mal im Laufe dieser Session im Abgeordnetenhause erscheinen, um sein gewichtiges Wort zu Gunsten der Vorlage einzulegen. Es wird demselben Blatte übrigens aus Abgeordnetenkreisen noch mitgetheilt, daß bereits im Bundesrathe eine kompakte Majorität entschlossen sein soll, falls die Angelegenheit an denselben herantreten sollte, die Inkompetenzerklärung auszusprechen und sowohl die preußische, als die sächsische Regierung auf die Entscheidung eines Austrägalgerichtes zu verweisen. An der Annahme der Vorlage im Herrenhause wird nicht gezweifelt.

— In parlamentarischen Kreisen erzählt man, wie die „Trib." schreibt, daß der sozialdemokratische Hofbaurath Demmler vor seiner Abreise von Schwerin nicht umhin gekonnt hat — — Sr. kgl. Hoheit dem Großherzog einen Abschiedsbesuch zu machen, bei welchem er von seinem Souverain überaus freundlich und gnädig empfangen worden und Glückwünsche auf die Reise erhalten habe. Das würde an eine im Jahre 1848 gegebene Posse: „Eine dresdener Barrikade" von Dohm erinnern, worin die Straßenkämpfer ein Lied mit dem Schlußvers sangen:

„Wir kämpfen für die Republik
Und unsern guten König!"

— Der Antrag des Dr. M. Hirsch auf Einsetzung einer städtischen Nothstandskommission ist vom Magistrat einstimmig zurückgewiesen worden. Eine andere Petition, nur berliner Arbeiter fortan bei den städtischen Arbeiten zu beschäftigen, hat der Magistrat gemeint, mit Rücksicht auf die Freizügigkeit und die Gewerbeordnung ablehnen zu müssen.

Die „Voss. Ztg." kommt, ihrer neulichen Zusage gemäß, noch einmal auf die in der „Urania"-Versammlung angenommenen Resolutionen des Herrn Hirsch zurück, die wiederum einer vernichtenden Kritik unterzogen werden. Es heißt in dem Artikel u. A.:

Die Thronrede zur Eröffnung des Reichstages trifft das Richtige, wenn sie Staat und Gemeinde die Pflicht zuweist, augenblicklichem und örtlichem Mangel an Beschäftigung arbeitsuchender Kräfte abzuhelfen. Wahnwitz aber ist es, zur Zeit einer allgemeinen Wirthschaftskrise, die nicht blos einzelne Theile des Staates und nicht blos einen Staat allein, sondern alle Staaten ergriffen hat, die nothleidenden Arbeiter auf Staat und Gemeinde zu verweisen und sie glauben zu machen, das Staat, Gemeinde und Gesetzgebung die allgemeine Noth beseitigen können. Gerade in solcher Zeit soll der besonnene Politiker doppelt vorsichtig sein, die nothleidenden Klassen auf die Hilfe des Staates und der Gemeinden zu verweisen und Hoffnungen in ihnen zu erwecken, die unerfüllbar sind und Enttäuschungen nach sich ziehen, die dem Wohl des Gesammtstaates verderblich werden müssen.

Und welchen Sinn hat es nun gar, wenn Herr Hirsch den Arbeitern einreden will, daß durch eine „wahrhaft freisinnige und volksthümliche Gesetzgebung" u. s. w. der Wiederkehr solcher Nothstände vorgebeugt werden kann. Wir empfehlen Herrn Hirsch einen Kursus der Nationalökonomie bei den Herren Bebel und Liebknecht, um von diesen zu lernen, daß es im heutigen wirthschaftlichen Leben und in dem heutigen Staate eine Unmöglichkeit ist, Wirthschaftskrisen im Wege der Gesetzgebung aus der Welt zu schaffen, und ein freventliches Spiel mit den Interessen der arbeitenden Klassen, ihnen dergleichen vorzureden. Weil der Sozialismus das weiß und erkannt hat, darum baut er sich den Zukunftsstaat auf, in welchem es keine Geschäftskrisen und kein Geschäftsrisiko mehr geben soll.

Den Geschäftskrisen vorzubeugen, vermag bei der heutigen Produktionsweise nur die Geschäftswelt allein durch ein kluges und besonnenes Maßhalten in der Produktion zu Zeiten der Prosperität. Jede Ueberstürzung in der Produktion, an der Arbeitgeber wie Arbeitnehmer in gleicher Weise Theil nehmen, muß sich rächen, und in demselben Maße als sich die Produktion überschlagen hat, in demselben Maße muß sich auch für beide, für Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die Reaktion, die Krise fühlbar machen. Ist die Krisis eingetreten, so giebt es nur ein Mittel, sich darüber hinwegzuhelfen, das ist Sparsamkeit und Einschränkung.

Am Schluß sagt die „Voss. Ztg.": Wir glauben gern, daß Hrn. Hirsch das Bewußtsein davon fehlt, daß seine Resolution eine sozialdemokratische Tendenz hat. Für die Thatsache ist es aber gleichgiltig, ob er den Sozialdemokraten absichtlich oder unabsichtlich, bewußt oder unbewußt in die Hände arbeitet und ihnen das Feld beackert, und wenn er nicht will, daß wir die Resolution sozialdemokratisch nennen, so müssen wir sie als sozialdemagogisch bezeichnen."

— Das autonomistische „Els. Journ." schreibt:

Graf Harry v. Arnim hielt sich bekanntlich für berechtigt, für die Zeit, als er auf Wartegeld gesetzt worden war, noch drei Monate lang sein volles Diensteinkommen als Botschafter in Paris zu jährlich 108,000 M. zu fordern. Der Reichsfiskus dagegen wollte nur das eigentliche, pensionsfähige Gehalt mit 18,000 M. jährlich berücksichtigen, also den Repräsentationszuschuß mit 90,000 M. außer Ansatz lassen. Die letztere Ansicht wurde vom Reichsoberhandelsgerichte gebilligt.

In mehreren Blättern ist aus dem „Reichsoberhandelsgerichte" ein „Reichsgericht" gemacht worden, welches bekanntlich noch nicht existirt. Es ist aber auch nicht ersichtlich, wie das Reichsoberhandelsgericht für diese Sache kompetent sein soll.

— Die bereits erwähnte Forderung im Militäretat, an Stelle der im vorigen Jahre abgelehnten 50 aktiven Stabsoffiziere für Bezirkskommandostellen nunmehr 105 neue Hauptmannstellen 1. Klasse bei den Linien-Infanterie-Regimentern zu bewilligen, entspricht einer Mehrausgabe von 398,124 Mark. Dagegen beläuft sich die gesammte Mehrausgabe, welche der Militäretat erfordert, nach Abzug der eingestellten Mehreinnahmen auf 5,698,885 Mk. In einer dem Etat beigegebenen Denkschrift wird das Bedürfniß für die Vermehrung der Hauptmannsstellen durch den Hinweis auf das beträchtliche numerische Uebergewicht motivirt, welches sich die großen Kontinentalmächte bei Annahme der allgemeinen Dienstpflicht durch die Stärke der Rekruteneinstellungen und die Ausdehnung der Wehrpflicht Deutschland gegenüber gesichert hätten. Die Denkschrift führt dann Folgendes aus:

In Frankreich stehen 641 Bataillone der Linie und 435 Bataillone der Territorialarmee, nebst 16 Marinebataillonen, den 469 Linienbataillonen und den nach 12jährigen allgemeiner Geltung des Wehrgesetzes aufzustellenden 269 Landwehrbataillonen des deutschen Heeres gegenüber. Diese Ueberlegenheit macht es nothwendig, daß auch deutscherseits die Bildung neuer Truppentheile aus der Ersatzreserve und an den einzelnen Stellen überschießenden Mannschaften der Reserve und Landwehr, sowie die Freimachung eines größeren Theiles der Landwehr für die Verwendung im Felde in das Auge gefaßt werden muß. Erheblichen Schwierigkeiten unterliegt bei Durchführung besserer Maßnahmen die Aufstellung der erforderlichen Offiziere. Es müßten von jedem Armeekorps 50—60 Stabsoffiziere resp. Hauptleute der Linieninfanterie an die neu aufzustellenden Feld-, Ersatz- und Be-

Feuilleton.

* **Der Liebesroman der Patti.** Man schreibt aus Paris: „Nachdem man sich schon seit einiger Zeit allgemein erzählt hatte, daß die berühmte Sängerin Adelina Patti sich von ihrem Gemahl, dem Marquis de Caux, zu scheiden beabsichtigte, erfährt man nun durch Privatbriefe aus St. Petersburg nähere Details über die saubere Geschichte. Die Diva, die man Jahrelang für unverwundbar gehalten hatte, verliebte sich sterblich in einen jungen ersten Tenor, Herrn Nicolini, der im gewöhnlichen Leben Nicolas heißt, und erst vor Kurzem auf Verlangen seiner Frau durch die französischen Tribunale von dieser geschieden wurde. In ihrer Anklageschrift hatte Frau Nicolas ganz unverblümt erklärt, „es sei notorisch, daß ihr Mann seit lange der Geliebte der Marquise de Caux sei." Der Gatte der Diva scheint nichts davon geahnt zu haben; er liebte und bewunderte sie mit außerordentlichem Enthusiasmus und behandelte sie wie ein verzärteltes Kind. Es ist übrigens bekannt, daß die Patti den Marquis aus Liebe geheirathet hat und für ihn eine ganz ungewöhnliche Zärtlichkeit an den Tag zu legen pflegte. In der jüngsten Zeit scheint Herr de Caux doch Etwas gemerkt zu haben, denn als er den Kontrakt unterzeichnete, der seine Frau für die St. Petersburger Saison engagirte, stellte er mündlich die Bedingung, daß sie nicht mit Herrn Nicolini zusammen singen dürfe. Der Impressario versprach dies, allein er konnte nicht widerstehen, als der berühmte Sänger ihm seine Mitwirkung für die ganze Stagione gratis anbot. Und so geschah es denn, daß eines Abends Adelina Patti und Nicolini mit ungeheuchelter Natürlichkeit vor der Nase des Marquis de Caux Romeo und Julie spielten. Den Marquis machte die Natürlichkeit des Spiels seiner Frau wüthend; im ersten Zwischenakt stürmte er in das Ankleidezimmer seiner Frau und versperrte die Thür hinter sich. Alsbald hörte man durch die dünnen Wände unzusammenhängende Worte, die in wüthendem Tone hervorgestoßen wurden. Das ganze Personal lief natürlich zusammen — Diskretion ist eine Tugend, die man nicht hinter den Koulissen suchen muß — und spitzte die Ohren. Mann und Frau schrien eins stärker als das andere und man hörte deutlich folgende Worte: „Elendes Ding, ich habe Ihnen, einem Nichts einen hohen Adelstitel gegeben, und Sie haben gegen mich gehandelt wie eine Kokotte . . ." Eine kreischende Stimme erwiderte: „Da, da haben Sie Ihren Titel ausbezahlt!" Und zu gleicher Zeit hörte man einen Hagel von Schmuckkästchen und Kleinoden niederprasseln. Kurz darauf ein anderes Geräusch, das unverkennbar einer Maulschelle glich, gefolgt vom Schrei: „Hülfe! Hülfe!" Der Direktor hielt den Moment gekommen, wo er einschreiten mußte, er stieß die Thüre ein und forderte den Marquis auf, die Koulissen zu verlassen, da im Sinne des Reglements kein „Fremder" berechtigt sei, auf der Bühne zu verweilen. Der Marquis schrie, er sei bei seiner Frau, allein diese schrie noch lauter: „Führen Sie ihn weg! Er ist nicht mein Mann!" Der Unglückliche wurde hinausgeworfen und begab sich in die gemeinsame Wohnung, die Heimkunft der untreuen Künstlerin erwartend. Diese erschien jedoch nicht allein. Sie brachte sich zwei Polizisten mit, die sie in aller Eile requirirt hatte, und die sich vor dem Eingange ihres Schlafzimmers postirten, angeblich, um sie vor Gewaltthaten ihres Gatten zu schützen. Dieser ungemüthliche Belagerungszustand währte indeß nicht lange, denn schon am nächsten Tage reiste Frau de Caux mit Herrn Nicolini nach Brüssel ab, ihren Gemahl mit sammt seinen Adelstiteln in der Newastadt zurücklassend."

Dieselbe ist jedoch nicht dort geblieben, denn die „Börs. Ztg." schreibt aus Berlin unterm 25. d.: „Adeline Patti ist gestern morgen in Begleitung des Impressario Franclin hier eingetroffen und im Hotel de Rome abgestiegen. Ihr Gemahl, der Marquis de Caux, hatte gestern Berlin passirt und, wohl um jede Begegnung mit seiner Gemahlin zu vermeiden, den „Kaiserhof" zu seinem Absteigequartier erwählt. Madame Patti, welche ungestört zu sein wünschte, machte Mittags eine Ausfahrt, jedoch nicht — wie sie sonst zu thun pflegte, nach dem Thiergarten, sondern nach — der Hasenheide. Dort ließ sie die Equipage halten und promenirte einige Zeit. Nach der Rückkehr in's Hotel meldeten sich mehrere ihrer Bekannten, welche ihre Aufwartung zu machen wünschten. Sie wies jedoch jeden Besuch zurück. Selbst eine intime Freundin, Gemahlin eines hiesigen Sekretairs der russischen Botschaft bedauerte sie, nicht empfangen zu können. Abends um 10 Uhr setzte sie mit der Lehrter Bahn ihre Reise nach Paris fort, von wo sie nach Konsultirung ihrer Advokaten und Einleitung der Separationsklage nach Wien zur Erfüllung ihrer kontraktlichen Pflichten sich zu begeben gedenkt. In der österreichischen Hauptstadt wird sie mit dem Tenor Nicolini, die Ursache ihres ehelichen Zerwürfnisses wieder zusammentreffen. Derselbe hatte sie nicht nach Berlin begleitet, sondern ist direkt nach Wien gefahren."

---

* **Offenbach in Verlegenheit.** Offenbach hat sich einen schlimmen Handel mit dem „Siècle" zugezogen. Dieser hatte dem Komponisten der „Belle Hélène", vorgehalten, daß er sich auf der Rückfahrt von New-York nach Europa an der Table d'hote des Dampfschiffes sehr wegwerfend und verächtlich über die Republik und über Frankreich überhaupt geäußert hätte, und Offenbach hatte hierauf dem Blatt durch den „Figaro" mit einem Verläumdungsprozesse gedroht. Nun meldet sich im „Siecle" ein Ohrenzeuge der an Bord des „Kanada" von Offenbach gethanen Aeußerungen in der Person des Herrn Lucian Arbel, Mitglieds des Senats für das Loire-Departement, und Offenbach muß nun geduldig anhören, daß er ein ebenso verdorbener Franzose als Deutscher sei, das rothe Band in seinem Knopfloch schände und was der angenehmen Dinge mehr sind.

---

* **Petersburg.** [Civilehe bei den Kosaken.] In einem Artikel über althergebrachte Sitten und Gebräuche unter den donischen Kosaken bezeichnet die Donsk. Gas. unter Anderem auch die Civilehe als längst unter den Kosaken üblich. Die Ueberlieferung besagt: Wenn Bräutigam und Braut behufs Eingehung der Ehe mit einander einig geworden waren, so traten sie zusammen vor das auf dem Platze versammelte Volk, beteten zu Gott, verneigten sich nach allen Seiten und sprach der Bräutigam, indem er seine Braut beim Namen nannte, zu dieser: „Du sei meine Frau". Die Braut that darauf einen Fußfall vor ihm, nannte ihn bei seinem Namen und sagte: „Du aber sei mein Mann." Die neuen Gatten küßten sich darauf, nahmen von der ganzen Versammlung Glückwünsche entgegen, und damit war die Zeremonie zu Ende." Auch die Ehescheidung war unter den Kosaken üblich, und zwar nach folgendem Brauch: Der Mann führte seine Frau vor das versammelte Volk und sprach: „Tapfere Attamans, sie war mir dienstwillig und treu, jetzt ist sie nicht mehr meine Frau und ich nicht mehr ihr Mann!" Die also abgeschiedene Frau konnte sich dort sogleich vor der Versammlung wiederum vermählen, indem der, welcher sie liebte, sie zum Zeichen der Wiederherstellung ihrer Ehre mit dem Schoße seines Gewandes bedecken mußte und Beide darauf ihre Vermählung unter obenbeschriebener Zeremonie in gleicher Weise begehen konnten.

---

* **Zur Warnung für Mütter** reproduziren wir folgende Notiz der „Post" aus Berlin: Die beliebten Gummi-Spielwaaren sind keineswegs den Kindern so unbedenklich in die Hand zu geben, wie vielfach angenommen wird. Das königliche Polizeipräsidium hat, durch verschiedene ihm zugegangene Nachrichten veranlaßt, aus mehreren hiesigen Kautschuck- und Spielwaaren-Handlungen sogenannte Gummithiere ankaufen und chemisch untersuchen lassen. In sämmtlichen untersuchten Exemplaren sind sehr bedeutende Mengen von Zink Oxyd vorgefunden worden (circa 60 pCt. der Asche, welche ihrerseits fast die Hälfte des Gewichts des ganzen Spielzeugs betrug). Da gerade kleine Kinder, welchen derartige Spielwaaren am häufigsten in die Hand gegeben werden, dieselben fast immer zum Munde führen und daran kauen oder saugen, so entsteht die Gefahr, daß das Zink in den Magen der Kinder gelangt und deren Gesundheit durch seine giftige Beschaffenheit erheblich gefährdet. Das Publikum kann deßhalb nicht dringend genug vor dem Ankaufe solcher Gummithiere gewarnt werden, da selbstverständlich eine Bestrafung der Fabrikanten auf Grund des § 324 des Reichsstrafgesetzbuches den Kindern die Gesundheit nicht wiedergeben würde.

satzungstruppentheile abgegeben werden, wenn jedes mobile Bataillon 2, jedes Ersatz- und Besatzungbataillon einen jener Offiziere erhalten soll. Hiervon sind jetzt vorhanden 8—9 etatsmäßige Stabsoffiziere, so daß etwa 42 bis 52 Kompagniechefs behufs Besetzung jener Stellen ihre Kompagnien abgeben würden. Da eine Mobilmachung außerdem eine gewisse Anzahl von Hauptleuten und etatsmäßigen Adjutanten und Generalstabsoffizieren stellen muß, ferner Stellvertretungen von kranken und anderweitig verwendeten Offizieren erfahrungsmäßig nothwendig werden, so verblieben der Infanterie kaum die Hälfte ihrer Kompagniechefs. Durch eine solche Entfernung derjenigen Befehlshaber, welche in personeller Beziehung gerade das wichtigste Glied in der Truppeuführung bilden, weil von ihnen die unmittelbarste Einwirkung auf den Soldaten ausgeht, würde der Zusammenhang des Heeresorganismus in bedenklicher Weise gelockert werden Die großen Entscheidungen in Angriff und Vertheidigung verbleiben aber nach wie vor der Linien-Infanterie, welcher die hierzu erforderliche Schlagfähigkeit nicht durch Lösung des festen Gefüges ihrer untersten taktischen Einheiten genommen werden darf. Dieses feste Gefühl könnte erhalten werden, wenn jedes Regiment einen dreizehnten Hauptmann erhielte. Auf diese Weise würden 8 bis 9 Hauptleute per Armeekorps mehr für die oben gedachten neuen Formationen verfügbar sein und demjenigen Bataillon des Regiments, welches 3 Kompagniechefs im Kriegsfalle verlieren würde, wenigstens ein Kompagniechef mehr als bisher belassen werden können. Es würde also mit Durchführung dieser Maßregel die Möglichkeit der vermehrten Aufstellung von Neuformationen mit genügendem inneren Halt, ohne weitere Schwächung der Feldtruppen, gegeben sein.

— Die auch neulich bei Berathung des Medizinaletats zur Sprache gekommene Reform des preußischen Medizinalwesens soll nun so schleunig wie möglich ins Werk gesetzt werden. Zu diesem Zweck hat der vorgesetzte Minister die wissenschaftliche Deputation für Medizinalwesen, die höchste technisch-berathende Behörde, deren Mitglieder großentheils aus Universitäts-Professoren bestehen, beauftragt, die geeigneten Vorschläge zu machen. Man glaubt, daß die Angelegenheit beschleunigt werden und bei diesem Anlaß auch die Einsetzung von Aerztekammern zur Ausführung kommen wird. Dagegen scheint die Reform des Hebammenwesens vorerst hinausgeschoben.

— Wie die „N. Z.“ mittheilt, ist auf ein aus dem Herzogthum Gotha an die Kaiserin-Königin gerichtetes Gesuch um Auszeichnung einer seit 1835 im Dienste derselben Familie stehenden Köchin mit dem Goldenen Kreuz für weibliche Dienstoten, die 40 Jahre in einer und derselben Familie ununterbrochen dienen, aus dem Kabinet der Kaiserin-Königin ein abschlägiger Bescheid ergangen, da, wie es darin heißt, die Verleihung des goldenen Dienstbotenkreuzes zur Zeit nur innerhalb des preußischen Staates und des Reichslandes Elsaß-Lothringen zulässig ist.

— Betreffs der Beschleunigung der Eisenbahnbauten erhält die „Post“ von zuständiger Seite eine Zuschrift, aus welcher hervorgeht, daß allein in der Zeit vom 1. Januar bis 20. Februar d. J. seitens der königlichen Eisenbahndirektionen und Baukommissionen 66 Submissionen auf die verschiedenartigsten Lieferungen und Ausführungen 2c. für die Bauzwecke der Staats-Eisenbahnverwaltung ausgeschrieben worden sind, abgesehen von anderen Submissionsausschreibungen für Betriebszwecke. -- Bei jenen Submissionen für Bauzwecke handelt es sich um die Lieferung von 25,900,988 Kilogramm Schienen, 1,967,762 Kilogramm Kleineisenzeug zum Oberbau, 621,725 Kilogramm eiserne Ueberbauten zu Brücken, 270,720 St. Bahn- und Weichenschwellen, 178 Kubikmeter und 850 Quadratmeter Bauholz, 4,925,000 Stück Mauersteinen, ca. 30,000 Kubikmeter Granitplatten beziehungsweise Bruch- und Wölbsteine und anderes Steinmaterial, 5047 Hektoliter Wasserkalk, 146,550 Kilogramm Telegraphendrath, sowie des Eisenmaterials für eine Wasserstation und dergleichen; ferner um die Ausführung von 2,429,732 Kubikmeter Erdarbeiten, 7001 Kubikmeter Maurerarbeiten, 19,489 lfd. Meter Einfriedigungen, verschiedenen in ihren Massen 2c. nicht detaillirten Hochbauten auf 15 Bahnhöfen 2c., sowie Brücken und Tunnels, Schlußvermessungsarbeiten für eine ihrer Vollendung entgegengehende Bahnstrecke und andere auf Bahnbau bezügliche Arbeiten, endlich noch um die Herstellung des Oberbaues auf eine Länge von 16 Kilometer. Neben diesen Lieferungen und Ausführungen für die eigentlichen Staatsbahnen betreffen drei fernere Submissions-Ausschreibungen für die vom Staate verwaltete Bergisch-Märkische Bahn die Lieferung von 1,231,250 Kilogramm Kleineisenzeug zum Oberbau, 49,000 Kilogramm eiserne Unterbauten für Brücken, 50,000 Stück Bahnschwellen. Aus diesem Umfange der Lieferungen und Ausführungen für Bauzwecke folgert die Zuschrift, daß es an einer energischen Thätigkeit der betreffenden Verwaltung nicht fehle.

— Das Reichskanzleramt erläßt unter dem 22. folgende Bekanntmachung: „Seit Erlaß der Bekanntmachung vom 15. d M. ist der Ausbruch der Rinderpest konstatirt worden: 1) Königreich Preußen am 15. d. M. in Köln bei einer Kuh in einem dem früher infizirten Gehöft benachbarten Stalle; am 15. und 18. d. M. von neuem in zwei mit 9 Stück Rindvieh und 1 Ziege belegten Stallungen in Emden, Provinz Hannover; am 17. d. M. in Opperau bei Breslau in einem Gehöft mit 13 Stück; am 19. d. M. von neuem in Klein-Mochbern bei Breslau in einem vierten, mit 35 Stück Rindvieh belegten Gehöft. 2) Königreich Sachsen am 15. d. M. in Seidau bei Bautzen bei einer vom Schlachtviehhof zu Dresden dort hingebrachten Kuh; von neuem in Mobendorf bei Leipzig in zwei Gehöften mit 15 Stück Rindvieh. Sämmtliche infizirte Viehstände sind getödtet; überdies in Emden drei verdächtige Gehöfte mit einem Viehbestand von 6 Stück Rindvieh und 2 Schafen evakuirt worden. In den laut früherer Bekanntmachung durch die Seuche betroffenen übrigen Ortschaften sind neue Seuchenfälle nicht vorgekommen. Rinderpestverdacht liegt bei einem in Genthin, Regierungsbezirk Magdeburg, mittelst der Eisenbahn angelangten Transporte von Rindvieh vor.“

Frankreich.

Paris, 24. Februar. Die Thronrede des Deutschen Kaisers hat hierselbst einen äußerst günstigen Eindruck gemacht, wovon auch die Aeußerungen der Presse einstimmig Zeugniß ablegen. Fürst Hohenlohe wurde gestern Abend auf der Soirée im Elysée von allen Seiten beglückwünscht. Mehrfach wurde die Rede als ein wahres Manifest zu Gunsten der Aufrechthaltung des Friedens bezeichnet. — Das bereits telegraphisch erwähnte große Fest im deutschen Botschaftshotel am 21. d. war überaus glänzend und vereinigte einen der Elite der pariser Gesellschaft entlehnten Kreis; über den Verlauf des Festes wird Folgendes berichtet:

Dem Empfange ging ein Diner voraus: sämmtliche Minister, mit Ausnahme der Herren Léon Say und Teissereur de Bort, die durch anderweitige Obliegenheiten zurückgehalten waren, der Gouverneur von Paris, der Seine- und der Polizeipräfekt waren an der Tafel des Botschafters erschienen. Gegen 10 Uhr füllten sich die Säle und nach halb 11 Uhr hielten die Herzogin von Magenta am Arme des ihr bis zur Treppe entgegen gegangenen Fürsten Hohenlohe und der Präsident der Republik, von der Botschafterin ehrerbietig begrüßt, ihren Einzug. Der Marschall Mac Mahon, in Civil gekleidet, trug, wie Fürst Hohenlohe selbst, die Insignien des schwarzen Adlerordens. Um ihn und seine Gemahlin gruppirte sich bald ein auserwählter Zerkle, in welchem man den König Franz d'Assisi von Spanien, die Herzöge von Aumale, Nemours, Larochefoucauld-Bisaccia, Decazes, die fremden Botschafter, die Freiherren Alphons und Gustav von Rothschild, den Erbprinzen und die Erbprinzessin Hohenlohe und in der Umgebung der Letzteren wieder eine auf solchen Soireen seltene Schaar junger Mädchen, die Töchter der Fürstin Trubetzkoi, der Baronin Beyens und viele andere, bemerkte. Außer den Spitzen der deutschen Kolonie hatten sich auch zwei zur Zeit in Paris weilende Fremde, der Gesandte am madrider Hofe, Graf Hatzfeld, und der Geheime Legationsrath v. Bunsen, zu dem Empfange eingefunden; die Finanzwelt war nicht nur durch die Rothschild, sondern auch die Erlanger, Bischoffsheim, Hirsch, Bamberger, Kaufm. Ort, die Tagespresse durch zahlreiche einheimische und fremde Mitglieder vertreten. Der Marschall und die Marschallin v Mac Mahon weilten über eine Stunde in der Botschaft; die von dem heitersten Geiste belebte Soiree, in der, wie es schien, sehr wenig politisirt wurde, nahm erst lange nach ein Uhr ein Ende.

Gestern berieth der Ministerrath eine Angelegenheit der medizinischen Fakultät der katholischen Universität zu Lille. Diese Universität hatte einen Vertrag mit der Stadt abgeschlossen, wodurch ihr ein Spital der Stadt zur Verfügung gestellt wurde; das Ministerium Marcère aber hatte diesen Vertrag für nichtig erklärt. Der Regierungsbevollmächtigte David ergriff Partei für die katholische Universität und beantragte die Giltigerklärung des Vertrages und die Aufhebung der Maßregel des Ministers des Innern, weil derselbe seine Machtvollkommenheit überschritten habe. — Es muß jetzt als wahrscheinlich gelten, daß König Alfons XII. sich entschließt, dem Drängen des Herzogs von Montpensier nachzugeben und dessen Tochter, seine Cousine, zu heirathen, da Elduayen, der dem Könige stets dringend abrieth, entfernt ist, und Canovas, welcher bisher ebenfalls gegen diese Heirath war, neuerdings für den Plan gewonnen ist. Bis jetzt beharrt aber der Vater des Königs Franz de Assisi dabei, seinem Sohn von dieser Familienheirath abzurathen.

Ein pariser Handelsblatt, der „Moniteur des Sociétés industrielles“, veröffentlicht folgenden unglaublichen Artikel:

Diese wackeren Deutschen!

Die barbarischen Instinkte der Deutschen sind für Niemand ein Geheimniß. Bis zur Stunde hatte man ihnen aber sonst nichts vorzuwerfen, als eine unmäßige Liebe zu Pendulen, die Nothzüchtigung unserer Frauen und Töchter, die Ermordung der Greise und Kinder. Jetzt hat sich das Arsenal ihrer schmachwürdigen Handlungen um eine Waffe vermehrt. Unsere Leser kennen die unsichere Lage der „Nordstern-Gesellschaft“ (Kohlenwerke des Nordens); sie wissen, daß sich Rue d'Hauteville Nr. 12 unter dem Vorsitz des Obersten Pouillet ein Komite zur Wahrung der schwer bedrohten Interessen der Obligationen-Inhaber gebildet hat. Der Delegirte des Komites, Herr Hambourg, begab sich am 4. d. M. nach Westfalen, um an Ort und Stelle selbst die Auszahlung der Arbeitslöhne zu kontroliren, hinter der man — und mit Recht — Unredlichkeit und erhebliche Unterschlagungen zum Nachtheil der Gesellschaft vermuthete. Nachdem Herr Hambourg seine Sendung erfüllt hatte, wurde er zum Essen eingeladen; den nächsten Tag kam er vergiftet nach Paris zurück. Diese wackeren Deutschen hatten versucht, sich durch Gift eines Gastes zu entledigen, der es wagte, in ihr Land zu kommen, um ihren betrügerischen Operationen ein Bein zu stellen. Wir bedauern Herrn Hambourg, wünschen aber, daß sein Fall den französischen Kapitalisten als Lehre diente, welche so oft ihr Geld für die Ausbeutung fremder Bergwerke hergeben, während es ihnen nicht an Gelegenheit fehlt, es in vorzüglichen französischen Geschäften anzulegen. Das Befinden des Herrn Hambourg ist heute ziemlich befriedigend.

Großbritannien und Irland.

Zu den bereits aus dem englischen Blaubuch mitgetheilten Aktenstücken gesellt sich noch das folgende, dessen Sprache beredt für die Auffassung zeugt mit welcher der bisherige Botschafter Großbritanniens in Konstantinopel, Sir Henry Elliot, der Entwickelung der Dinge im Orient gegenüberstand. Sir H. Elliot schreibt unter dem 24. Oktober v. J. an Lord Derby:

„Mylord! Es mögen vielleicht Gründe vorhanden sein, zu glauben, daß Rußland keinen bestimmten Plan für den Beginn eines Krieges mit der Türkei hat, aber es können zum wenigsten keine Zweifel über seinen Entschluß obwalten, die gegenwärtige Gelegenheit nicht zu verlieren, um sie fatal zu schwächen. Dieser Zweck wird für sein Vorhaben hinlänglich erreicht werden, wenn besondere Vorrechte, unterstützt durch eine europäische Garantie oder Kontrole, für die revoltirten slavischen Provinzen gesichert sind, während die Griechen, die trotz Ermunterungen und Warnungen, daß sie nichts erlangen würden, falls sie sich nicht rühren, ruhig geblieben waren, in einer untergeordneten Stellung gelassen werden: und während zu gleicher Zeit die für die ersteren erwartete Autonomie, wie sie von den Russen verstanden zu werden scheint, die türkische Verwaltung so machtlos machen würde, daß sie über kurz oder lang zu einem Zustande der Anarchie führen würde, der eine weitere ausländische Intervention erheischen dürfte. Während dies indeß das Resultat der Fügung der Pforte in sämmtliche von Rußland gestellte Forderungen, falls dieselben nicht durch den Einfluß anderer Mächte herabgestimmt werden können, sein dürfte, würden einer direkten Ablehnung derselben seitens der Pforte noch unglücklichere Wirkungen folgen. Rußland scheint zu dem Entschlusse gelangt zu sein, daß die Türkei von sämmtlichen anderen Mächten endgültig verlassen ist, und daß es unter einer Drohung mit einer feindseligen Okkupation im Falle einer Ablehnung alle Bedingungen, die ihm belieben, mit Sicherheit fordern mag Es weiß völlig wohl, daß die Türkei ohne Beistand gänzlich unfähig ist, irgend einem Angriffe von ihm, sei es an der europäischen oder an der asiatischen Seite, Widerstand zu leisten; und im Falle es eine Okkupation von Bulgarien beschließt, würde es sich bemühen, die anderen Mächte durch einen Erguß von Betheuerungen der Unparteilichkeit und einen Entschluß, seine Operation auf die Distrikte zu beschränken, wo die Christen neulich durch die Türken gelitten haben, und wo eine ausländische Streitmacht als nothwendig für deren Schutz erachtet wird, zu beschwichtigen. Obwohl die Türken, den besten militärischen Autoritäten zufolge, weder die Donaulinie noch die des Balkangebirges wirksam vertheidigen könnten, würden sie das Land nicht preisgeben, ohne einen Versuch, die Eindringlinge, die sich fast genöthigt finden dürften, bis Konstantinopel selber vorzudringen, zu vertreiben. Wenn auf die Enthaltsamkeit Oesterreichs gezählt werden kann, ist Grund vorhanden, zu glauben, daß eine solche Operation erfolgreich ausgeführt werden könnte. Dies würde von aufständischen Bewegungen in vielen Theilen des Reiches begleitet sein, und haben sich die Russen erst einmal hier festgesetzt, so kann auf ihren freiwilligen Abzug nicht gerechnet werden, und es ist jetzt nicht zu spät für andere Mächte, zu erwägen, welche Maßregeln nothwendig sein mögen, um sich gegen eine Eventualität zu schützen, die nicht weit entfernt sein mag und die deren Lebensintereſſen berühren muß.

Ich bin u. s. w. Henry Elliot.“

Die wiener „Presse“ ist der Ansicht, daß diese Note Herrn Disraeli den Text zu seiner bekannten Rede vom 9. November beim Lord Mayorbanket geliefert habe.

London, 24. Februar. Der Thronrede des deutschen Kaisers spendet der konservative Standard von seinem Standpunkte das höchste Maß des Lobes dadurch, daß er schreibt:

Die kaiserliche Thronrede hätte durch Lord Derby aufgesetzt sein können — so maßvoll, leidenschaftslos und objektiv sei sie gehalten. Der Grundton der Rede, so bemerkt das konservative Blatt, ist Friede, und im Munde eines kaiserlichen Herrn so vieler Legionen ist dies von guter Vorbedeutung. Wenn ein Potentat von der Machtstellung des deutschen Kaisers seinen Glauben in die Erhaltung des Friedens ausspreche, so gleiche dies sehr einer Andeutung, daß Deutschland jeden Versuch, ihn zu brechen, mit Mißvergnügen betrachten würde. Gleich England wünsche auch Deutschland so wenig als möglich zu dem beizutragen, was in paradoxer Weise die „Lösung“ der orientalischen Frage genannt werde. Fürst Bismarck enthalte sich in entschlossener Weise, sein Vaterland zu einer Politik des Zwanges oder der Drohung, gleichviel ob gegen die Türkei oder gegen Rußland, zu verpflichten. Was aber dieser mit Recht bewunderte Staatsmann für weise erachte, könne unmöglich dem auswärtigen Minister Englands als Unklugheit angerechnet werden. Im weiteren Verlaufe des Artikels wird der Reichskanzler gegen die Verdächtigung, als ob er ganz Europa in einen Krieg verwickeln wolle, um freie Hand gegen Frankreich zu haben, mit Entschiedenheit in Schutz genommen. Für solche teuflische Absichten des Fürsten Bismarck lasse sich auch nicht der geringste Beweis aufführen. Im Gegentheil bekunde seine bisherige Haltung gegenüber Rußland und der Türkei, daß es ihm um Bewahrung des Friedens ehrlich zu thun sei. Nicht minder ungerechtfertigt sei die Besorgniß, daß ihn nach neuen kriegerischen Abenteuern lüste, um einige dunkle Wolken im Innern Deutschlands zu zerstreuen. Zu solch erbärmlichem Hilfsmittel werde sich ein Staatsmann seines Kalibers nimmer herbeilassen. Fürst Bismarck werde im neuen Reichstage so gut wie im alten seine Stellung zu behaupten verstehen. Er sehne sich schwerlich nach neuen Kriegen und werde kaum Klage führen, wenn Rußland durch vernünftiges Einlenken ihn in den Stand setzen werde, den Rest seiner Tage in friedlichem Genusse seiner bisherigen großen Thaten zu verleben.

„Morning Post“ versichert ebenfalls, daß die Thronrede allgemeine Befriedigung hervorbringen werde:

Denn ohne das russische Rundschreiben zu berühren, werde jedwede in Petersburg bisher möglicherweise aufgetauchte Hoffnung, daß Deutschland seine Hand zu Zwangsmaßregeln gegen die Pforte reichen werde, zu nichte gemacht. Klarer hätte sich über diesen Punkt der Kaiser kaum aussprechen können. Seinem kaiserlichen Neffen an der Newa habe er außerdem einen deutlichen Fingerzeig gegeben, daß er durch einen Krieg mit der Türkei nichts greifbareres als eine Verbesserung des Looses der Christen gewinnen könne. Da aber dieser Wink in Petersburg unzweifelhaft richtig verstanden werden wird, lasse sich die kaiserliche Thronrede als eine Bestätigung der Hoffnung betrachten, daß der Friede noch erhalten bleiben werde.

Dem „Scotsman“ zufolge soll die deutsche Regierung wegen Ankaufs eines Schiffsbauplatzes in Govan am Clyde mit einer dortigen Schiffbauerfirma in Verhandlung stehen oder das Geschäft bereits abgeschlossen haben. Der Bauplatz ist vollkommen eingerichtet und soll den Bedürfnissen der deutschen Regierung vollständig entsprechen. Der Kaufpreis soll 200—250,000 L. betragen. Wozu die deutsche Regierung ihre Schiffe gerade in Schottland bauen soll, ist nicht ganz ersichtlich. Es werden doch auch in Deutschland recht erträgliche Schiffe gebaut. — Der „Whitehall Review“ zufolge soll die Ueberführung eines Theiles der in Mykenä aufgefundenen Schätze nach England in Aussicht stehen.

Rußland und Polen.

Aus den deutschen Kolonien Wolhyniens wird ein Fall von Lynchjustiz mitgetheilt: Der Pferdediebstahl hat in jenen Gegenden großartige Dimensionen angenommen. Förmlich organisirte Banden betreiben diese dem Wohlstande der ackerbauenden Bevölkerung so überaus schädliche Industrie. Die Unmöglichkeit, für jeden einzelnen Fall, wo faktisch ein Pferdediebstahl vorliegt, auch seinen Beweis vor Gericht zu erbringen und die daraus sich ergebende Thatsache, daß nicht wenige der wegen Pferdediebstahls gerichtlich Belangten bald wieder auf freien Fuß gesetzt werden müssen, hat die Verwegenheit der Pferdediebe in so hohem Grade gesteigert, daß Ueberfälle am hellen lichten Tage und Wegnahme der Pferde aus dem Gespanne der die große Landstraße passirenden Leute keineswegs zu den Seltenheiten gehören. Namentlich werden die deutschen Kolonisten von dem sich steigernden Unwesen geschädigt, da die gute Rasse ihrer Pferde besonders anlockt. Unweit des Fleckens Tschernjachoff wohnte nun ein gewisser Herr Ossietzki, der allgemein als Führer einer zahlreichen Bande von Pferdedieben galt und schon wiederholt vor Gericht sich zu verantworten gehabt hatte. Diesen Herrn wußten die Kolonisten durch List in ihr Dorf zu locken. Gleich nach seiner Ankunft wurde Ossietzki ergriffen, entsetzlich durchgeprügelt und die Angabe seiner Helfershelfer von ihm verlangt. Nachdem er solcher Inquisition eine geraume Zeit hindurch Schweigen entgegengesetzt, löste der Schmerz ihm schließlich die Zunge und er gab an, daß ein nahe wohnhafter jüdischer Schenkwirth das Verzeichniß sämmtlicher Mitglieder der Bande aufbewahre. Nach diesem Geständniß wurde Ossietzki in einen Keller geworfen und hinter Schloß und Riegel wohl bewacht Einmal im Besitze des Namensverzeichnisses, ergriffen die Kolonisten von den Genannten jeglichen, dessen sie nur habhaft werden konnten, und straften ihn aufs Härteste in der blinden Wuth ihres Zornes (sie sollen ihnen sogar theilweise die Glieder zerbrochen und die Muskeln an den Armen durchschnitten haben!). Die örtlichen Autoritäten vermochten kaum der im Schwange gehenden Volksjustiz Maß und Ziel zu setzen; sie waren froh, nicht selbst derselben anheimzufallen. Ihre ganze Thätigkeit mußte sich darauf beschränken, Ossietzki aus seinem Kerker zu befreien und ihn ins Lazareth zu schaffen. Dort verstarb derselbe am dritten Tage in Folge erlittener Mißhandlungen.

Türkei und Donaufürstenthümer.

Während die türkischen Friedensverhandlungen mit Montenegro nicht recht vom Fleck wollen, sind die Präliminarien zwischen der Pforte und Serbien zum Abschluß gediehen und harren ihrer Bestätigung durch die große Skupschtina, deren Zusammentritt am 26. d. M. erfolgen sollte Einem der „Pol. Korr.“ aus Konstantinopel, 20. Februar, zugehenden Briefe zufolge wäre der Friede mit Serbien weniger das Werk des Großveziers, als vielmehr Safvet Pascha's. Es heißt in dem Briefe:

Die Verhandlungen finden direkt mit dem Minister des Aeußern statt, welchem, wie man bemerkt, Edhem Pascha, im Gegensatze zu seinem Vorgänger Midhat Pascha, eine größere Aktionsfreiheit einräumt. Der gegenwärtige Großvezier beschäftigt sich vorzugsweise mit den inneren Landesangelegenheiten Wenn auch die Nachrichten über die Krankheit des Sultans in den letzten Tagen wiederholt und offiziell in Abrede gestellt wurden, so hat es nichtsdestoweniger seine Richtigkeit damit. Sein Nervensystem ist angegriffen. Er ist furchtsam geworden und plötzlichen Erschreckungsanfällen unterworfen. Er bildet sich ein, daß er bedroht sei und daß er eines Tages in Folge einer Verschwörung abgesetzt werde. Er fürchtet den Krieg mit Rußland und möchte um jeden Preis mit den Fürstenthümern Frieden schließen. Seine Umgebung wagt nicht zu widersprechen, aus Besorgniß seinen Zustand hierdurch zu verschlimmern.“

Formell wird der Friede nicht in völkerrechtlicher Form wie von Macht zu Macht geschlossen, sondern der Akt zertheilt sich in eine Unterwerfungserklärung des Vasallenfürsten, von welcher der Suzerain Akt nimmt, und in einen Staatshoheitsakt des letzteren, welcher einseitig die festgestellten Bedingungen zur staatsrechtlichen Geltung bringt.

Die aus London telegraphisch signalisirte bulgarische Bittschrift liegt bereits in der wiener „Presse“ vor; es heißt in derselben:

So wie nach allen Noten und Fermans, welche bis heute von dem Sultan ausgingen, wie der Hattischerif von 1839 und der Hatti-Humayum von 1856, die Mißhandlungen und Gewaltthätigkeiten, welche seitens der muselmännischen Bevölkerung stets gegen uns an-

dere Bulgaren verübt wurden, niemals aufgehört haben, so werden auch heute noch nach der feierlichen Verkündung der ottomanischen Verfassung, welche allen Unterthanen ohne Unterschied Gleichheit verspricht, diese Mißhandlungen und Gewaltthätigkeiten gegen uns fortwährend verübt, ja sogar mit einer viel größeren Wuth als früher.

Noch jetzt, wo einerseits der Sultan die Gleichheit und Sicherheit für alle seine Unterthanen verkündet und wo andererseits der Großvezir versicherte, daß alles das ausgeführt werden würde, ist die arme bulgarische Bevölkerung jeder Art von Willkür seitens der Muselmänner ausgesetzt und wir sehen, daß die Liebe des Sultans für alle seine Unterthanen, so schön in der Theorie, in die praktische Form einer beständigen Unterdrückung gekleidet ist, welche bisweilen auf Massacres übertragen wird. Trotz alledem macht die türkische Regierung, wie es nach der Verkündung eines jeden Fermans ihre Gewohnheit ist, heute Anstrengungen, um von ihren Unterthanen Dankadressen für die Proklamation der türkischen Verfassung zu erpressen. Eine derartige Adresse wurde von der muselmannischen Bevölkerung unserer Gegend angefertigt und die Regierung zwang auch die Bulgaren, diese Adresse gutwillig oder nicht zu unterzeichnen.

Wir Bulgaren, welche wir die Majorität in dem Distrikt von Tatar-Bazardschik bilden, gleichviel ob wie gegen unser Gewissen und unter dem Druck der Gewalt und der Furcht eine solche Adresse unterzeichnet haben oder nicht, erklären Eurer Exzellenz, daß wir den konstitutionellen Versprechungen der türkischen Regierung keinen Glauben schenken, wir protestiren gegen die Form, welche sich die Regierung bediente, um gewaltsam unsere Unterschriften zu erpressen, welche wir in Folge dessen als niemals geschehen und ohne Giltigkeit betrachten. Wir haben die feste Ueberzeugung, daß es außer den Projekten der Großmächte keine andere Reformen geben kann, welche geeignet sind, die bulgarische Bevölkerung glücklich zu machen.

Die Klagen der Bulgaren, welche auch diesmal nicht den Weg über Rußland genommen haben, bilden jedenfalls eine charakteristische Illustration zu der angeblich ganz ernsthaft betriebenen Absicht der türkischen Regierung, die Midhat'sche Verfassung zu formeller Ausführung zu bringen und bereits in der ersten Hälfte des März das „Parlament" einzuberufen.

Wie hierüber gemeldet, werden die von der Verfassung in Aussicht genommenen Gesetze bereits ausgearbeitet. Dieselben sollen bis zur Eröffnung des Parlaments am 1./13. März zum größten Theile fertig sein. Die Lokalitäten für die beiden Kammern wurden vollständig restaurirt und beschäftigt man sich jetzt mit deren Einrichtung. Indessen trifft das Seraskierat in mit unausgesetztem Eifer Kriegsvorbereitungen. In Stambul ist eine außerordentliche Truppenbewegung bemerkbar. Mehrere Transportschiffe brachten Truppen aus Syrien, während auf anderen Schiffen nach Varna bestimmte Bataillone abgingen. Gestern langte ein arabisches Reiter-Regiment von St. Jean d'Acre ein. Diese Soldaten gehören zur Race der syrischen Beduinen. Sie sind klein, aber stark und gelenkig und haben vorzügliche arabische Pferde. Ihre Ausrüstung läßt nichts zu wünschen übrig. In Stambul wurde dieses Regiment mit allen militärischen Ehren empfangen. Weitere vier Beduinen-Regimenter sind in Damaskus und in Hauran in Bildung begriffen. Diese Kraftentwicklung steht allerdings im Widerspruch mit den friedlichen Absichten der Regierung; man darf aber nicht vergessen, daß bis jetzt noch keine Frage ihre Lösung gefunden hat. Man kann demnach der Pforte keinen Vorwurf machen, daß sie die zur Defensive nöthige Macht ansammelt. Sonst herrscht in Konstantinopel vollständige Ruhe. Midhat Pascha geräth nach und nach in Vergessenheit.

Parlamentarische Nachrichten.

* Der Abg. Lasker hat die Interpellanten in Sachen des Dr. Kantecki bekanntlich vom Abgeordnetenhause an den Reichstag verwiesen. Die Sache scheint dort sehr schnell vorgebracht werden zu sollen, denn die „Germ." schreibt: „Die polnische Fraktion des Reichstags gedenkt am nächsten Donnerstag eine Interpellation in Sachen des Herrn Redakteurs Kantecki einzureichen — falls der letztere bis dahin nicht freigelassen ist."

* Die Wahlprüfungs-Kommission des Abgeordnetenhauses hat einstimmig beschlossen, die Gültigkeitserklärung der fünften Abtheilung ursprünglich beanstandeten Wahl des Abg. Prof. Hänel im schleswig-holsteinischen Wahlkreis Segeberg zu beantragen. Ferner beschloß die Wahlprüfungs-Kommission die Ungiltigkeitserklärung des im brandenburgischen Wahlkreis Osthavelland (Spandau-Nauen) gewählten Grafen v. Königsmark zu beantragen, namentlich mit Rücksicht darauf, daß die Stadt Spandau in Bezug auf ihre Seelenzahl durch eine zu geringe Anzahl von Wahlmännern vertreten sei.

* Die 5 Abtheilung des Reichstages beschäftigte sich am 25. d. mit der Prüfung der gegen die Wahl Hasenclever's im 3. berliner Wahlkreise eingelaufenen Proteste, welche sich hauptsächlich auf die falsche Einfügung einer Wahlliste von ca. 80 Stimmen stützte. Most versuchte die Verantwortlichkeit für die falsche Eintragung den Wählern zuzuschieben, deren Pflicht es gewesen sei, rechtzeitig die Listen durchzusehen. Da Hasenclever nur mit einer absoluten Majorität von 21 Stimmen gewählt wurde, beschloß die Kommission in Anbetracht der ansehnlichen Zahl von ausgeschlossenen Stimmen die Sache an die Wahlprüfungs-Kommission zu verweisen.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 27. Februar.

— Die Benefizvorstellungen stehen in Blüthe und das Publikum hat jedenfalls reichlich Gelegenheit, Benefizien zu gewähren. Am nächsten Freitag findet im Interimstheater wieder eine derartige Aufführung, und zwar für Frau Trauth statt, welche sich im Verlauf der Saison als eine verwendbare künstlerische Kraft bewährt hat. Bei dieser Gelegenheit sollen wir eine Novität von Octave Feuillet, das Sittengemälde „Die verzauberte Prinzessin" kennen lernen. — Die für heut (den 27. d.) angesetzt gewesene Benefizvorstellung für Frl. Erck hat eingetretener Hindernisse wegen auf nächsten Donnerstag verschoben werden müssen.

Wir verbinden damit die vorläufige Anzeige, daß für den 5. März im Interimstheater zum Besten des Militär-Frauen-Vereins eine Dilettantenvorstellung, ausgeführt von Mitgliedern der hiesigen Beamten- und Offizierkreise, in Aussicht genommen ist. Auf dem Programme dieses Abends steht ein hier noch nicht gesehenes einaktiges Lustspiel von Gustav zu Putlitz und ein vieraktiges von dem einst sehr gefeierten Kotzebue. Die Zwischenpausen werden durch die Kapelle des Westpr. Gren.-Regts. Nr. 6 unter Leitung des königl. Musikdirigenten Herrn Appold ausgefüllt. Außerdem ist dem Publikum noch eine besondere Ueberraschung zugedacht. Der Preis ist für alle Plätze im Theater derselbe: nämlich 2 Mark. Anmeldungen nimmt schon jetzt die Hofmusikalienhandlung von Bote und Bock entgegen.

r. **Personalien.** Der bisherige Hülfsprediger Biebler in Inowrazlaw ist zum Pastor prim. in Schlichtingsheim (Kr. Fraustadt) berufen und am 4. Februar d. J. in sein neues Amt eingeführt worden. — Dem Kandidaten der Philologie Dähne zu Wollstein ist die widerrufliche Erlaubniß zur Leitung einer Privat-Knabenschule in Wollstein behufs Vorbildung von Knaben für die unteren Gymnasial-Klassen ertheilt worden.

— **Aus Anlaß** der am 1. März stattfindenden Versammlung, welche über die Jubiläumsfeier des Papstes berathen soll, führt der „Kuryer Poznanski" seinen Lesern in einem Leitartikel nochmals die Bedeutung dieser Feier vor. In demselben sagt er: „Gott erhält seinen Stellvertreter länger als andere Päpste auf der Erde zum deutlichen Beweis, daß er ihm eine große Mission verliehen hat und diese Mission vollzogen wissen will. Wir wollen uns, indem wir diese Güte Gottes anerkennen und preisen, bemühen, bei jeder Gelegenheit dem ehrwürdigen Nachfolger Petri zu beweisen, daß wir mit ihm fühlen, an ihm treu festhalten und in Gemeinschaft mit ihm die Zuversicht und die Hoffnung nicht aufgeben. Aus den entferntesten Gegenden der Welt entsendet man am 21. Mai nach Rom ansehnliche Deputationen und Pilgerschaaren. In diesem großen Chore, in welchem sich die Allgemeinheit der einen wahren Kirche so herrlich ausprägt, muß auch Polen sich befinden und wird unzweifelhaft eine seiner rühmlichen Vergangenheit und seiner jetzigen Treue gegen Alles, was jene Vergangenheit erquickte und stärkte, entsprechende Stelle einnehmen. Das Auge des Vaters der Christenheit, wenn es die Traurigen und Verlassenen suchen wird, wird auch auf diese Schaar seiner Kinder fallen, welche zwar schwer bedrängt sind, aber immer treu bleiben und den Stuhl Petri aufrichtig lieben. Sie werden sich auch dem Throne des Stellvertreters Christi nähern, werden ihm danken für die Worte der Stärkung, welche stets wie Frühlingsthau von der Höhe des Vatikans herabfallen; sie werden ihm danken für das lebendige, in allen Fällen bekundete Mitgefühl und für die Ertheilung des Purpurs, mit welchem er den ehrwürdigsten Vertreter ihrer Kirche bekleidet hat, und schließlich werden sie ihn versichern, daß sie nie von dem geraden Wege der katholischen Wahrheit abweichen werden."

—h. **Der Wahlverein** hielt gestern Abend im Börsensaale seine jährliche ordentliche Generalversammlung ab, welcher ein Vortrag des Kreisrichters Dr. Traumann über die Mitwirkung der Laien an der Rechtspflege voranging. Redner betonte zunächst die unverkennbaren Fortschritte, welche durch die neuen Reichsjustizgesetze geschaffen seien und namentlich in der Herbeiführung der Rechtseinheit und der verstärkten Heranziehung der Laien zur Rechtspflege beständen. Indem er die Thätigkeit der Laien beim Handelsrecht und Strafrecht beleuchten zu wollen erklärte, verbreitete er sich sodann über die Organisation und Zuständigkeit der Kammern für Handelssachen, in denen ein Richter und zwei Kaufleute zusammen säßen. Man habe sich freilich nicht entschließen können, dieselben obligatorisch an jedem Landgerichte einzurichten, und in Bezug auf die Organisation einen Mittelweg bei den im Reichstage schroff gegenüberstehenden Ansichten eingeschlagen. Bekanntlich seien von der einen Seite reine Handelsgerichte vorgeschlagen worden, von der anderen Seite sei die Unzuläßigkeit von Ausnahmegerichten und die Unterstellung der Handelssachen unter die gewöhnlichen Gerichte befürwortet worden. — In Bezug auf das Strafrecht schilderte der Vortragende zur Klarlegung das bisher bestehende Verfahren, die drei nach bestimmtem Strafmaß aufgestellten Kategorien von Strafthaten, Uebertretungen, Vergehen und Verbrechen streng geschieden dem Einzelrichter, bezw. dem sogenannten Dreimännergericht bezw. dem Schwurgericht zu überweisen; die nunmehr herzustellenden Instanzen würden das Schöffengericht, die Strafkammer der Landgerichte und das Schwurgericht bilden, jedoch so, daß die beiden ersteren erweiterte Kompetenz, die Schöffengerichte außer den Uebertretungen auch gewisse Vergehen, die Strafkammern der Landgerichte außer einer Reihe von Vergehen auch bestimmte Verbrechen zur Aburtheilung erhielten, auf diese Weise würden die Schwurgerichte entlastet, bei denen in Zukunft namentlich das Resumé des Vorsitzenden wegfalle. Redner bekannte sich zu der Ueberzeugung, daß die Heranziehung der Laien, welche von allen Seiten als ein gesunder Gedanke zugestanden werde, vom Standpunkte der öffentlichen Freiheit auf die Rechtspflege einen sehr günstigen Einfluß ausüben werde, und beklagte nur die Prinziplosigkeit, welche man auch hier bei der Organisation der Strafrechtsinstanzen einem parlamentarischen Kompromisse zu verdanken habe, indem man von den Strafkammern der Landgerichte die Laien ferngehalten und aus Konnivenz gegen die Süddeutschen die Schwurgerichte beibehalten habe. Die Schwurgerichte seien schon deshalb verwerflich, weil bei ihnen die Entscheidung über die Schuldfrage und über das Strafmaß zwei verschiedenen Kollegien zufalle, die in der Auffassung des Thatbestandes oft auseinandergehen. Zudem seien die Schwurgerichte in Bezug auf die rechtlichen Gesichtspunkte in der Fragestellung beschränkt. Bei den Schöffengerichten dagegen herrsche zugleich mit der äußeren Zusammensetzung auch innere Uebereinstimmung, da die Schuldfrage und das Strafmaß von demselben Kollegium bestimmt werde. Durch die Einrichtung von Schöffengerichten anstatt der Schwurgerichte würde auch die Frage nach Verweisung der Preßvergehen an die Schwurgerichte gelöst werden, da er zwar nicht zugebe, daß für die Presse eine Ausnahmegerichtsbarkeit zuläßig sei, aber nicht verkenne, daß das Streben der Presse, bei der Behandlung ihrer Angelegenheiten den richtigen Ausdruck für das Rechtsbewußtsein des Volkes zu erhalten, durch die Schöffengerichte seine Befriedigung fände. Redner schloß mit der Erklärung, daß nach seiner Ueberzeugung die Zukunft den Schöffengerichten in allen drei Instanzen gehöre. — Hierauf erstattete der Vereins-Schatzmeister, Herr Max Kantorowicz, den Rechenschaftsbericht über das verflossene Vereinsjahr, welches, da in demselben drei Wahlen stattfanden, die Vereinsmittel stark in Anspruch nahm. Im vorigen Jahre zählte der Verein 315 Mitglieder, welche die Beiträge von 945 Mark zahlten. In diesem Jahre sind noch zwei Mitglieder hinzugetreten. In die Revisionskommission wurden die Herren Kirsten, Braun, Pincus gewählt, welche die Geschäftsbücher sofort ihrer Kontrole unterzogen. Nach dem von ihnen erstatteten Bericht über die Rechnungsführung, die zu einigen Bemerkungen über die bisherige Art und zu Wünschen für die Zukunft Anlaß gab, wurde dem Kassirer Decharge ertheilt. — Beim dritten Gegenstand der Tagesordnung, Anträge auf Statutenänderung, stellte Gymnasialdirektor Prof. Dr. Schwarz die Frage, ob der Verein prinzipiell Konservative ausschließe oder, wie er glaube, aus seinem Verfahren bei den Wahlen entnehmen zu können, in erster Linie eine Vereinigung der deutschen Wähler sein wolle. Hierzu erinnert Regierungsassessor Kügler an eine bezügliche Erklärung des Vorstandes, daß die gemäßigt Konservativen nicht ausgeschlossen seien. — Bisher wurden der Vorstand und sein Vorsitzender in gesonderten Wahlgängen von der Generalversammlung gewählt. Nunmehr beantragte Kreisrichter Dr. Traumann, daß der Vorstand im Ganzen von der Generalversammlung gewählt werden und seinen Vorsitzenden aus seiner Mitte wählen solle. Die Versammlung erklärte sich mit dem Antrage einverstanden. Der vom Regierungs-Assessor Kügler gestellte Antrag, daß, falls ein gewähltes Vorstandsmitglied die Wahl ablehne oder im Laufe des Geschäftsjahrs ausscheide, die Ersatzwahl vom Vorstand vorgenommen werden könne, soll in der nächsten Vereinssitzung zur Berathung kommen. Schließlich schritt die Versammlung zur Wahl des Vorstandes. In denselben wurden die Herren Oberlehrer Dr. Hassenkamp, Bürgermeister Herse, Maurermeister Hesselbein, Stabsarzt a. D. Dr. Hirschberg, Kommerzienrath Samuel Jaffé, Max Kantorowicz, Regierungsassessor Kügler, Dr. Landsberger, Rechtsanwalt Orgler, Justizrath Pilet, Kreisrichter Dr. Traumann, Buchhändler Türk, Redakteur Voigt, Redakteur Dr. Wasner und Hutmacher Ziegler gewählt.

— **Ein heftiger Gewitterregen**, wobei es blitzte und donnerte, fiel gestern Abend gegen 7 Uhr über unserer Stadt. Der starke Westwind brachte einige Stunden später Schnee, darauf kaltes trockenes Wetter. Auch in Grätz wurden vorgestern Nachmittag gegen 3 Uhr bei Schloßenfall einige Gewitterschläge wahrgenommen. Dieselbe Erscheinung fand gestern (am 26. d. M.) Abends gegen 7 Uhr wiederum statt.

r. **Die Chaussee** von Skalmierzyce nach Rossoszyce ist mittels des unter dem 30. Januar d. J. vom Herrn Oberpräsidenten bestätigten Vertrages vom 15. Juli 1876 vom Kreise Adelnau auf die Provinz übergegangen und wird vom 1. August 1876 ab für deren Rechnung verwaltet und unterhalten; ebenso ist die vom Rittergutsbesitzer von Lipski auf Lewkow erbaute Chaussee von der Bleschen-Ostrowoer Provinzial-Chaussee über Lewkow zur Ostrowo-Kalischer Provinzial-Chaussee auf die Provinz übergegangen und wird seit dem 1. Oktober 1876 für deren Rechnung verwaltet und unterhalten; ein Gleiches gilt von den Chausseen von Kempen bis Grabow und von Schildberg nach Mixstadt, welche auf die Provinz übergegangen sind und seit dem 1. August 1876 für deren Rechnung verwaltet und unterhalten werden.

T. **Paradies**, 21. Februar. [Deklamatorisch-musikalische Aufführung im Seminar.] Am 14. d. Mts. wurde in den Räumen des hiesigen königlichen Schullehrer-Seminars das Gutzkow'sche Lustspiel „Zopf und Schwert" in Verbindung mit musikalischen Produktionen von den Anstaltszöglingen aufgeführt. Der Vorstellung wohnte ein zahlreiches Publikum bei. Der Erlös von 60 Mark — nach Abrechnung der Kosten — ist zum Besten der Nogatüberschwemmten bestimmt worden.

—r **Wollstein**, 24. Februar. [Die Errichtung einer paritätischen Schule. Landwirthschaftlicher Verein.] Vor einigen Tagen trat die hiesige evangelische Schulsozietät im evangelischen Schulhause zusammen, um über die Aufbringung der zur Erhöhung der Gehälter der Lehrer an der hiesigen evangelischen Bürgerschule nothwendigen Gelder Beschluß zu fassen. Am Schlusse der Verhandlung wurde auf Anregung des Kreisschulinspektors Tecklenburg die Frage erörtert, ob es jetzt bei Erledigung des Rektorats an der Schule nicht an der Zeit sei, die Gründung einer paritätischen, in städtische Verwaltung übergehenden Schule ins Auge zu fassen. Die hiermit einverstandenen Mitglieder der Sozietät schlossen sich zu einer freien Vereinigung zusammen und wählten ein Komite, das zur Verwirklichung des Plans in Gemeinschaft mit gleichgesinnten Männern der beiden anderen Sozietäten, der katholischen und jüdischen, zusammentreten und weitere Schritte vorbereiten soll. Es wäre demnach wünschenswerth, wenn die gleichgesinnten Mitglieder der katholischen und jüdischen Schulsozietäten ebenfalls zusammenträten und die Männer ihres Vertrauens bezeichneten, die mit dem bereits gewählten Komite gemeinschaftlich die höchst wichtige Angelegenheit in Fluß brächten. — Am heutigen Vormittage fand unter dem Vorsitz des Landraths Freiherrn von Unruhe-Bomst im Bock'schen Gasthofe eine Sitzung des karger landwirthschaftlichen Vereins — die erste am hiesigen Orte — statt. Nach Erledigung mehrerer geschäftlichen Angelegenheiten machte der Vorsitzende Mittheilungen über den Fischereiverein, woran sich eine sehr eingehende Debatte schloß. Nächstdem wurden die jetzt sehr zunehmenden Viehkrankheiten und die Mittel gegen die Ausbreitung derselben in gründlicher Weise besprochen.

—r. **Wollstein**, 25. Februar. [Königliches Gnadengeschenk.] Vor einigen Tagen wurde unserm Kreislandrathe eine für den hiesigen Kriegerverein bestimmte prachtvolle Fahne als Gnadengeschenk des Kaisers übersandt, welche derselbe gestern Abend in Gegenwart der zahlreich versammelten Vereinsmitglieder im Zeidler'schen Saale dem Vorsitzenden Kreissekretär und Reservelieutenant Müller übergab. In der hierbei gehaltenen Ansprache setzte der Landrath in beredter Weise auseinander, wie die Fahne das Symbol der Treue mit Gott für König und Vaterland sei, und wie er vom Vereine hoffe und erwarte, daß derselbe zu allen Zeiten an derselben festhalten werde. Der Protektor des Vereins, Major a. D. Kayser, dankte im Namen des Vereins für das Geschenk und forderte die Vereinsmitglieder zu einem dreimaligen „Hurrah" für den Geschenkgeber auf, das mit Begeisterung ausgebracht wurde. Die eigentliche Fahnenweihe wird erst in einiger Zeit stattfinden.

□ **Ostrowo**, 25. Febr. [Kommunales.] Auch bei der hiesigen Kommunalverwaltung beginnt das neue Etatsjahr mit dem 1. April und es sind für das laufende Quartal vom 1. Januar bis 1. April die Kommunalabgaben nebst Klassensteuer etc. noch nach dem vorjährigen Satze erhoben worden. Die Besteuerungszettel für das Jahr 1877 sind noch nicht ausgegeben; die Kommunallasten sollen wie man hört, erhöht werden und noch mehr Ausfälle dürften sich herausstellen, als im vorigen Jahre, da die Geschäftslosigkeit zugenommen hat. Von den zur klassifizirten Einkommensteuer Herangezogenen unserer Stadt wird noch allgemein darüber geklagt, daß, obgleich die Stadt über zwei Drittel zu dem vom Kreise einzubringenden Einkommensteuer-Quantum beiträgt, kein einziger der hiesigen Besteuerten in die Einschätzungskommission gewählt worden ist, und doch liegt es auf der Hand, daß Auswärtige mit den Erwerbs- und Einkommensverhältnisse der zur Zahlung klassifizirter Einkommensteuer Herangezogenen resp. Heranzuziehenden unmöglich so bekannt sein können, als die mit ihnen Zusammenlebenden. Es dürfte jedenfalls dieser Umstand bei den Wahlen der Einschätzungskommissions-Mitglieder für die Zukunft näher ins Auge zu fassen und der Stadt Ostrowo mehr Rücksicht zu gewähren sein.

Zirke, 26. Febr. [Ultramontane Agitation.] Die Ultramontanen suchen auf jede Weise das gläubige Volk vom Besuch der Kirche abzuhalten und sind in der Wahl ihrer Mittel nicht sehr wählerisch. Ein hiesiger katholischer Lehrer verbot seinen Schulkindern das Betreten der Kirche mit der Erklärung, daß kein Katholik den Propst Czerwinski als rechtmäßigen Propst anerkennen dürfe. Diese Aeußerung soll bereits die Vernehmung des Betreffenden seitens des Bürgermeisters herbeigeführt haben.

§. **Fraustadt**, 26. Februar. [Dispensertheilung. Rechtsanwaltmangel.] Mit der Ertheilung von Fastendispensen sind diesmal die Herren Geistlichen sehr vorsichtig gewesen, wahrscheinlich weil sie das Schicksal des Propstes Pedzinski fürchten. Nur der Propst in L. machte bekannt, daß, wer Fastendispense ertheilt haben wolle, gegen eine kleine Geldzahlung sich dieselben bei ihm einholen könne. Dieses Geschäft soll ganz gut gegangen sein, doch hat der Propst die Gelder den Betreffenden zurückgeschickt. — Während bisher zwei Rechtsanwälte an unserem Orte fungirten, ist seit einigen Jahren nur noch einer hier ansässig. Da sich derselbe aber mit Injurienprozessen nicht beschäftigt, so muß man sich dieserhalb nach Glogau oder Lissa wenden. Ein zweiter Rechtsanwalt hat bisher hier vollauf zu thun gehabt.

—k— **Schneidemühl**, 25. Februar. [Aus der Stadtverordneten-Versammlung.] In der gestrigen Stadtverordneten-Sitzung machte der Vorsitzende, Dr. Davidsohn, zunächst Mittheilung von dem Bescheide der königl. Regierung zu Bromberg in Betreff der Simultanschule. Wie s. Z. gemeldet, haben die hiesigen Stadtbehörden die Einrichtung einer Simultan- und Mittelschule unter der Bedingung beschlossen, daß der Staat den Zuschuß, welchen die katholische Gemeinde bisher erhalten, auch der Stadt auf mindestens 5 Jahre garantirt und außerdem die Regierung den Etat der Schule auf die gleiche Dauer bestätigt. Nachdem man monatelang von der ganzen Angelegenheit nichts gehört, ist kürzlich der Bescheid eingegangen, daß die Regierung diese Forderungen als gerechtfertigt anerkenne und beim Herrn Minister die Bewilligung des Zuschusses beantragt habe. — Der hiesige Kommunal-Oberförster hat zu wiederholten Malen die Erhöhung seines Gehaltes bei der Stadtverordneten-Versammlung beantragt, ist jedoch, da man das Gehalt für ausreichend erachtet, mit seinen Anträgen zurückgewiesen worden. Auf eine Beschwerde des Oberförsters hat die Regierung unsere Stadtbehörden angewiesen, das Gehalt um 600 Mark zu erhöhen. Hiergegen legte die Kommune den Rekurs beim Herrn Oberpräsidenten ein. Derselbe hat jedoch die Verfügung der Regierung als berechtigt anerkannt. In der vorletzten Sitzung hat die Stadtverordneten-Versammlung beschlossen, gegen die Entscheidung des Oberpräsidenten beim Minister des Innern vorstellig zu werden. Dr. Davidsohn verlas gestern das von ihm verfaßte Rekursgesuch, welches von der Versammlung mit Beifall aufgenommen wurde. — Wie ich Ihnen s. Z. ebenfalls gemeldet, hat die Regierung unsere Stadtbehörden angewiesen, einen Polizeikommissar mit einem Gehalte von 1800 Mark anzustellen. Dieselben erklärten sich bereit, den Anordnungen der Regierung Folge zu leisten, stellten jedoch die Bedingung, daß die Bestimmung der Regierung, nach welcher die Stadt Schneidemühl zur Anstellung eines besoldeten Beigeordneten ver-

(Beilage.)

pflichtet sei, aufgehoben werde. Diesen Antrag hat die Regierung zurückgewiesen, auch der Herr Oberpräsident auf den Rekurs der Stadtbehörden verfügt, daß er nicht in der Lage sei, die Bestimmung der Regierung aufheben zu können. Die Versammlung beschloß nunmehr gestern, den Rekurs gegen diese Entscheidung nicht einzulegen, sondern mit der Wahl des unbesoldeten Beigeordneten, dessen Zeit am 1. April d. J. abläuft, sofort vorzugehen und abzuwarten, ob die Regierung diese Wahl wieder bestätigen werde. Bei der durch Stimmzettel erfolgten Wahl wurde der bisherige Beigeordnete, Bürgermeister a. D. Eichblatt, einstimmig wiedergewählt Die Ausschreibung der Stelle eines Polizeikommissars soll nach der Berathung des Etats erfolgen. — Für die Beaufsichtigung der Vieh- und Wochenmärkte durch den Roßarzt Herrn Martin wird die Remuneration auf den Antrag des Letzteren von 222 Mark auf 375 Mark erhöht. — Auf den Antrag des Magistrats werden die Stellen zweier Kommunalförster, von welchen eine durch den Tod des Inhabers erledigt ist, um je 150 Mark erhöht mit der Bestimmung, daß von jetzt ab jeder Kommunalförster für den städtischen Wald, nicht aber wie bisher, für eine bestimmte Stelle angestellt werden solle und sich auf Beschluß des Magistrats eine Versetzung in eine andere Stelle, im Interesse des Dienstes, gefallen lassen müsse. Obgleich Bürgermeister Schreiber betonte, daß eine Versetzung dieser Beamten nur mit Einwilligung der Regierung erfolgen könne, hält die Versammlung ihren Beschluß aufrecht und weist den Magistrat an, in Zukunft sich nach diesem Beschlusse zu richten.

Czarnikau, 26. Februar. [Verkauf.] Wie wir aus sicherer Quelle erfahren, ist die dem Rittergutsbesitzer Waclaw Swinarski gehörige Herrschaft Czarnikau für den Preis von 963,000 Mk. an den Rittergutsbesitzer Wladimir v. Wolniewicz auf Dembicz bei Schroda verkauft worden.

Vermischtes.

* **Annen** (Westf.), 12. Februar. Die „Wittener Ztg." schreibt: In vergangener Nacht wurde der Versuch gemacht, das Wohngebäude des Oekonomen Kl. durch Dynamit zu sprengen, glücklicherweise waren die Patronen nicht richtig gelegt, so daß nur ein Theil der Fenster zertrümmert wurde und die First etwas gelitten hat. Aller Wahrscheinlichkeit nach liegt hier ein Racheakt zu Grunde; man ist den Thätern auf der Spur.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wasner in Posen.
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 27. Februar. Dem Reichstag ist eine große Anzahl von Vorlagen, darunter das Patentgesetz zugegangen. In der heutigen Sitzung wurde der Antrag Demmler auf Einstellung des Strafverfahrens gegen den Abg. Liebknecht während der Sessionsdauer genehmigt und das Seeunfallsgesetz in erster Lesung auf den Antrag von Kapp an eine vierzehngliedrige Kommission verwiesen. Nächste Sitzung Freitag. — Das Abgeordnetenhaus erledigte die zweite resp. dritte Lesung von zwei kleineren Vorlagen und nahm bei der Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben pro 1875 einen auf Beseitigung künftiger Etats-Ueberschreitungen abzielenden Antrag an. Im Laufe der Debatten urgirten die Abgg. Virchow und Lasker lebhaft die vorgekommenen Ueberschreitungen. Lasker forderte künftig die Vorlegung eines Indemnitätsgesetzes. Der Justizetat und der Etat des Ministeriums des Innern wurde in dritter Lesung genehmigt. Bei der Berathung des Kultusetats trat Vertagung ein. Die Mandate Kryger's und Lassen's, welche schriftlich die Vereidigung ablehnten, wurden für erloschen erklärt.

Pest, 27. Februar. Das heutige Amtsblatt publizirt die Wiederernennung des Ministeriums Tisza.

Bukarest, 27. Februar. Die Regierung lehnte die vom Senator Deschlin beantragte Vorlegung der Akten über die Neutralität Rumäniens ab.

Zur Bodenkreditfrage.

Auf vielfache Anfragen, ob meinem in dieser Zeitung abgedruckten Antrage an die kgl. Direktion der Posener Landschaft — betreff. die Abänderung resp. Ergänzung des § 16 des Statuts vom 13. 5. 57 — schon eine nennenswerthe Anzahl Mitglieder der Hauptgesellschaft unserer Landschaft beigestimmt haben, erlaube ich mir auf diesem Wege ergebenst zu antworten,

daß bis heute die Besitzer von weit über hundert Gütern, (und zwar gerade der umfangreichsten) mir ihre zustimmende Erklärung eingesandt haben.

Da ich diese Schriftstücke in den ersten Tagen des Monats März bei der Landschafts-Direktion einzureichen beabsichtige, so ersuche ich diejenigen Herren, welche noch beabsichtigen, sich an dem Antrage zu betheiligen, mir die entsprechende Erklärung bis spätestens den 6. März c. per Post zu übermitteln.

Babin bei Strzalkowo, den 25. Februar 1877.

A. Tschuschke,
Mitglied des engeren Ausschusses der Landschaft.

Bekanntmachung.

In unser Register betreffend die Ausschließung der ehelichen Gütergemeinschaft unter Kaufleuten ist zufolge Verfügung vom 21. d Mts. an demselben Tage unter Nr. 21 eingetragen worden daß der Kaufmann **Ferdinand Richard Jalowski** zu **Fraustadt** (Firma Richard Jalowski Nr. 6 des Firmen-Registers) für seine Ehe mit **Charlotte Louise**, geb. **Roll**, durch Vertrag d. d. Lissa, 7. November 1859, die Gemeinschaft der Güter und des Erwerbes ausgeschlossen hat.

Fraustadt, den 21. Februar 1877.

Königliche Kreisgerichts-Deputation.

Bekanntmachung.

Zur Berichtigung der in einzelnen Kalendern gemachten unrichtigen Angabe bezüglich des im Monat März d. J. hierselbst stattfindenden Jahrmarktes wird hiermit das Publikum darauf aufmerksam gemacht, daß der Jahrmarkt hierselbst am 8. März d. J. stattfindet.

Neutomischel, den 27. Februar 1877.

Der Magistrat.

Nothwendiger Verkauf.

Das in dem Dorfe Babki unter Nr. 11 belegene, den **Carl** und **Marie**, geborene **Orive Schatz**'schen Eheleute gehörige Wassermühlen-Grundstück, welches mit einem Flächen-Inhalte von 69 Hektaren 49 Aren 60 Quadratstab der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 300 Mark 42 Pf. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerthe von 255 Mk. veranlagt ist, soll behufs Zwangsvollstreckung im Wege der nothwendigen Subhastation am

Sonnabend, den 26. Mai d. Js.
Vormittags 10 Uhr,

im Lokale des Königl. Kreis-Gerichts Zimmer Nr. 13 versteigert werden.

Posen, den 14 Februar 1877.

Königliches Kreis-Gericht.
Der Subhastations-Richter.
Keyl.

Nothwendiger Verkauf.

Das in der Posener Vorstadt Wallischei unter Nr. 141 belegene den Bürgermeister **Joseph** und **Anna**, geb. **Hoffmann-Bartsch**'schen Eheleuten zu Cosel gehörige Grundstück, welches zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerthe von 4500 Mark veranlagt ist, soll behufs Zwangsvollstreckung im Wege der **nothwendigen Subhastation** am

Sonnabend, d. 12. Mai d. Js., Vormittags um 10 Uhr,

im Lokale des Königl Kreisgerichts hier, Zimmer Nr. 13 versteigert werden.

Posen, den 14. Februar 1877.

Königliches Kreisgericht
Der Subhastations-Richter.
gez. **Keyl.**

Nothwendiger Verkauf.

Das in der Altstadt Posen unter Nr. 287 belegene, zum Nachlasse der Uhrmacher **Andreas** und **Maria** geb. **Zadzinska**, alias **Zwadzinska** resp. der **Katharina**, unverheiratheten **Maslowska** gehörige Grundstück, welches zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerthe von 570 Mark veranlagt ist, soll zum Zwecke der Auseinandersetzung im Wege der **nothwendigen Subhastation** am

Dienstag den 1. Mai d. J.,
Vormittags um 10 Uhr,

im Lokale des Königl. Kreis-Gerichts, Zimmen Nr. 13, versteigert werden.

Posen, den 9. Februar 1877.

Königliches Kreis-Gericht.
Der Subhastations-Richter.
Keyl.

Zur **Verdingung** der im Jahre 1877/78 bei den

Bauten der Fortifikation zu Glogau vorkommenden Maurerarbeiten

ist ein Submissionstermin

auf den 19. März d. J.
Vormittags 10 Uhr

im Bureau der genannten Fortifikation anberaumt worden.

Die Bedingungen sind daselbst einzusehen und können dieselben auswärtigen Reflektanten auf deren Wunsch gegen Bezahlung der Kopialien zugesandt werden.

Glogau, den 23. Februar 1877.

Königliche Fortifikation

Wirsitz, den 22. Januar 1877.

Bekanntmachung.

Auf Grund des Allerhöchsten Privilegii vom 26. Januar 1857 sind die nachfolgenden Nummern der **Wirsitzer Kreis-Obligationen** heute ausgeloost worden.

Littr. B. Nr. 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117 und 118 inkl., also 10 Stück a 100 Thlr. = . 3000 Mark.
Littr. C. Nr. 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521. 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528. 529, 530, 531 und 532 inkl., also 30 Stück a 40 Thlr. = 3600 "
Littr. D. Nr. 2057 bis 2163 inkl., also 10 Stück a 20 Thlr. = 6420 "
in Summa 13,020 Mark.

Diese Obligationen werden hiermit den Inhabern gekündigt und dieselben aufgefordert, den Nennenwerth derselben gegen Rückgabe der Obligationen und Talons bei der **Kreis-Kommunalkasse** zu **Wirsitz**, der dem Banquier **Platho u. Wolff** in **Berlin** am 1. April 1877 in Empfang zu nehmen.

Gleichzeitig werden die Inhaber der in den Jahren 1870, 1873, 1875 und 1876 bereits verlooften Obligationen

1) der 10. Loosung:
Littr. D. Nr. 1375 über . . . . 60 Mark
mit dem Talon und den Koupons von 7 bis 10;

2) der 13. Loosung:
Littr. D. Nr. 1739, 1740, 1751, 1752, 1757, 1758, 2244, 2248, 2249, 2250, 2251, 2258, also 12 Stück a 20 Thlr. = 720 Mark
mit den Koupons 3 bis 10;

3) der 15. Loosung:
Littr. D. Nr. 1703, 1719, 1729, 1733, 1735, also 5 Stück a 20 Thlr. = ... 300 Mark
mit den Koupons 7 bis 10.

4) der 16. Loosung:
Littr. B. Nr. 101 über . . . . 300 Mark
Littr. C. Nr. 499 über . . . . 120 Mark
Littr. D. Nr. 1763, 1764, 1766, 1767, 1769, 1771, 1772, 1773. 1774. 1775, 1776, 1777, 1778, 1780, 1781, 1782, 1785, 1803, 1806, 1807, 1808, 1809, 2005, 2008, 2011, 2012, 2016, 2017, 2018, 2019, 2021, 2022, 2023, 2024, 2025, 2026, 2027, 2028, 2032, 2035, 2036, 2040, 2053, also 43 Stück a 20 Thlr. = ... 860 Mark
mit den Koupons 9 und 10.
in Summa 2360 Mark

aufgefordert, dieselben ebenfalls an den genannten Einlösungsstellen zu präsentiren.

Die ständische Finanz-Kommission des Wirsitzer Kreises

Bekanntmachung.

In der Oberförsterei **Ludwigsberg** stehen im Monat März 1877 nachstehende Holzverkaufstermine an:

1. **Dienstag, 6. März** im **Silberstein**'schen Saale zu Moschin für Bau- und Nutzholz.
Schutzbezirk: Landsort, 2 St. Eichen, 2 St. Birken, 350 St. Kiefern,
" Pilzen, 15 St. Eichen, 8 St. Birken und Rüstern, 8 Stück Kiefern,
" Waldecke, 31 St. Kiefern,
" Seeberg, 21 St. Eichen, 16 St. Birken, 255 Stück Kiefern-Bauholz,
" Unterberg, 190 St. Kiefern und 3 Rm. Kiefern-Böttcherholz.

2. **Montag, d. 12. März** im **Neymann**'schen Gasthofe zu Dolzig.
Schutzbezirk: Vordamm, 50 St. Kiefern-Bauholz, 144 Rm. Eichen-Kloben u. Knüppel, 708 Rm. Kiefern-Kloben und Knüppel,
" Lohhecken, 60 Rm. Birken-Knüppel, 100 Rm. desgl. Reisig III,
" Herrenwalde, 1000 St. Kiefern-Stangen VIII., 100 Rm. desgl Reisig III.

3. **Freitag, 16. März** im **Kahl**'schen Gasthofe zu Stenschewo.
Schutzbezirk: Brand, 28 St. Eichen- und 15. St. Kiefern-, Bau- und Nutzholz, 110 Rm. Kiefern-Reisig II—IV.

4. **Montag, 19. März** im **Silberstein**'schen Saale zu Moschin.
Schutzbezirk: Landsort, Waldecke, Seeberg und Unterberg, Stockholz u. Reisig in größerer Menge.

(Sämmtlich Termine beginnen Morgens 9 Uhr.)

Kauflustige werden hierzu mit dem Bemerken eingeladen, daß die Aufmaßregister des Bauholzes einige Tage vor dem Verkauf in der hiesigen Registratur eingesehen werden können und die betreffenden Forstschutzbeamten angewiesen sind, die zum Verkauf gestellten Hölzer auf Verlangen an Ort und Stelle vorzuzeigen.

Ludwigsberg, den 25. Februar 1877.

Der Königliche Oberförster.

G. A. Rothholz,
Wilhelmspl. 12.

Ich erlaube mir, ergebenst anzuzeigen, daß ich mit dem heutigen Tage ein **Magazin eleganter Herren Garderobe** eröffnet habe.

Durch reiche Auswahl von Stoffen wie geeignete Kräfte zur sauberen Anfertigung derselben setzen mich in den Stand, jeder Anforderung genügen zu können.

Ich empfehle mich zur Anfertigung von Frühjahrs- und Einsegnungs-Anzügen zu billigen Preisen.

Freitag, d. 2. März

bringe ich wieder mit dem Frühzuge einen großen Transport frischmelkender **Netzbrücher**

Kühe nebst **Kälbern**

in **Keilers Hotel** zum Verkauf.

J. Klakow, Viehlieferant.

Taubenheim i. Sachsen, im Februar 1877.

Die alleinige Vertretung unserer Granitbrüche haben wir für Stadt und Provinz Posen dem Herrn Bildhauer und Steinmetz

B. Loewenherz Nfl. A. Schlesinger

in Posen, Thorstraße Nr 14 übergeben und denselben in den Stand gesetzt, alle unsere als vorzüglich gut bekannte Artikel zu Bruchpreisen zu verkaufen.

Vereinigte Taubenheimer Granitbrüche.

Die ausnehmend gute Qualität der Taubenheimer Granite (blau und weiß), so wie die bekannte große Leistungsfähigkeit obiger Brüche macht es mir möglich die größten und schwierigsten Bau- und sonstigen Arbeiten in kürzester Frist bei sauberster Ausführung zu liefern.

Sockel, Stufen, Schwellen, Trottoirplatten 2c. 2c. halte ich stets auf Lager.

Preise billig und fest.

B. Loewenherz Nfl. A. Schlesinger,

Posen, Thorstraße 14.

Zugleich empfehle ich:

Grabdenkmäler und Kreuze in Marmor, Sandstein und Granit, sowie guß- und schmiedeeiserne Gitter in reichster Auswahl bei streng reeller Bedienung.

Pumpenguß und Wasserleitungsartikel

offerirt als ihre Spezialität die

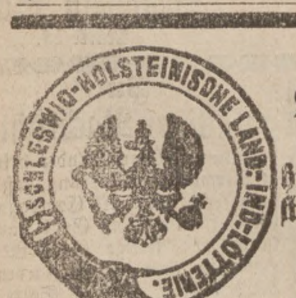
Eisengiesserei & Maschinenfabrik,

Carl Herrmann Müller,

Breslau, Albrechtsstr. 29.

Schlesische Wollwasch-Anstalt A. G.,
Grünberg i. Schl.

empfiehlt sich zum Waschen im Schmutz geschorener Wollen, und übernimmt kommissionsweise den Verkauf der gewaschenen Wollen. Im Jahre 1876 hat die Anstalt ca. 8000 Ctr. Wollen gewaschen, und hat alle ihr zum Verkauf überwiesenen Wollen zu konjunkturgemäßen Preisen verkauft, so daß sie gestützt darauf auch ferner ihren werthen Auftraggebern eine günstige und glatte Abwickelung ihr übertragener Geschäfte zusichern kann. Alle uns zugesandte Wollen lagern in der Anstalt franco. Lagergeld und gegen Brandschaden versichert.



Schleswig-Holsteinische Landes-Industrie-Lotterie
zum Besten hülfsbedürftiger Schleswig-Holsteinischer Invaliden und unbemittelter Kranken.

25,000 Loose und 6250 Gewinne.

Ziehung der dritten Klasse am 7. März 1877.

Haupt-Gewinne der dritten Klasse:

1 Mobiliar von Nußholz mit Bildschnitzerei, nämlich: 1 Divan mit Velourbezug, 2 Lehnstühle mit Velourbezug, 6 Stühle mit Velourbezug, 1 Pianofortebock, 1 Pianoforte, 1 Sofatisch, 1 Pfeilerspiegel, 1 Sofateppich. **1 Pianoforte** in verschiedenen Holzarten mit Bildschnitzereien. **1 Mobiliar** von Nußholz mit Bildschnitzerei, nämlich: 1 Sofa mit Cotelainebezug, 2 Lehnsessel mit Cotelainebezug, 6 Stühle mie Cotelainebezug, 1 Sofatisch. **1 Damenschreibtisch** von Nußholz nebst Sessel mit Bildschnitzerei. **1 Lehnsessel** von Eichenholz mit Bildschnitzerei und Velourbezug. **1 Stuhl** in verschiedenen Holzarten mit Bildschnitzerei und Velourbezug. **1 silberne Herren-Ancre-Uhr,** mit Goldrand, balance coupé, 19 Linien. **6 silberne Theelöffel** in Etui, Gehalt 750 Gr. **1 Barometer** (Holosteric) in geschnitztem Rahmen. **1 Neusilber versilbertes Kaffeebrett. 1 Petroleum-Tischlampe** mit 14''' Brenner. **2 silberne Eßlöffel** (Gehalt 750 Gr.). **1 Dutzend Damast-Handtücher. 1 Dutzend G.-A.-Drell-Handtücher. 1 Satz Drell-Gedeck** mit 6 Servietten. **1 sergeseidener Regenschirm,**

Die Erneuerung der Loose zur dritten Klasse muß bei Verlust des Anrechts bis spätestens zum 28. Februar, Abends 6 Uhr erfolgen.

Preis der Erneuerungsloose $1\frac{1}{2}$ Mark, Bestellungen auf Kaufloose a $3\frac{3}{4}$ Mark nehmen schon jetzt entgegen die **Expedition der Posener Zeitung.**

Preuss. Original-Loose

zur Hauptziehung (9.—24. März), $\frac{1}{2}$ a 150 M., $\frac{1}{4}$ a 75 Mark. Antheile: $\frac{1}{8}$ 30 M., $\frac{1}{16}$ 15 M., $\frac{1}{32}$ 7 M. 50 Pf. versendet gegen Baar-Einsendung des Betrages **Carl Hahn in Berlin** S., Kommandantenstraße 30.



Société des
CAVES du MÉDOC

Besonders empfehlenswerthe Weine.

Côtes 1875	M. 115	Saint-Emilion 1872	M. 160
Bon Médoc 1874 (Specialität)	„ 120	Listrac Médoc 1872	„ 180
Fronsac 1874	„ 140	Saint-Julien Médoc 1870	„ 260
Graves 1872 (weiss) vorz. Qual	„ 120	Cérons 1872 (weiss) sehr fein	„ 140

Das Oxhoft enthält 225 — 228 Liter und wird franco bis zur franz. Grenze befördert. — Ziel 90 Tage. — Der Käufer kann die Annahme der Waare in nicht convenirendem Falle nur bei deren Ankunft verweigern.

Feine und gewöhnliche Weine in Fässern und Flaschen, Preiscourante werden auf Verlangen franco zugesandt.

Anfragen und Bestellungen wollen an **J. J. Marot & fils,** Directeurs de la **Société des Caves du Médoc in Bordeaux** gerichtet werden

---

Wir suchen einen **Reisenden** aus der Branche. Nur mit feinen Referenzen versehene Bewerber belieben sich unter Mittheilung des seitherigen Wirkungskreises und genaue Angabe der bereisten Gegenden zu melden.

Heinr. Oldenkott & Comp.,
Tabaks- & Cigarrenfabrik in Hanau a. M.

Tausende, welche in Folge von Ausschweifungen furchtbare Martern der Seele und des Körpers erduldeten, wurden durch die in dem berühmten Originalmeisterwerke „der Jugendspiegel“ empfohlene Heilmethode gerettet. Die traurigen Zustände des Nervenlebens, die sich hier als Hypochondrie, dort als knechtische Furcht, da wieder als Hass gegen die ganze Welt, oder als Scheinheiligkeit, als teuflische Rohheit oder als schreckenerregende Epilepsie zeigen, schwinden unter den segensreichen Wirkungen. Für 2 Mk. von W. Bernhardi, Berlin SW. Tempelhofer Ufer 8, zu beziehen.

Vorgerückten Alters halber vom Besitzer ist das Grundstück hier Judenstraße 29, unter vortheilhaften Bedingungen zu verkaufen, oder der daselbst bestehende Gasthof zu verpachten. Näh. daselbst beim Besitzer **Lachmann.** Auch sind einige Wohnungen m. Wasserleitung zu vermiethen.

Eine gangbare Bäckerei, auch eine solche mit Laden in frequent. Straßen, womöglich Wasser- oder Breslauerstr. wo solche erst eingerichtet werden muß, wird vom 1. Oktober zu pachten gesucht. Gef. Off. sub **W. 903** bef. E. Weimann's Ann.-Exp. Breslauerstraße 13.

Pilze, Pflaumen, Aepfel und **Birnen. Pflaumenmus, Magd. Sauerkohl** und **ital. Maronen** empfiehlt

J. N. Leitgeber.

Soeben empfing frische marinirte u. ger. Flundern, Räucheraal u. fette Kieler Bücklinge.

A. Cichowicz.

Freiwilligen-Examen-Vorbereitung
Friedrichsstr. 19.
Dr. Theile.

Wahrheitsgetreu!

Herrn R. F. Daubitz, Neuenburgerstr. 28, in Berlin.

Schon seit vielen Jahren Konsument Ihres **Magenbitter,** muß ich **der Wahrheit gemäß** bekennen, daß auch **mir derselbe** stets **die vorzüglichsten Dienste** geleistet gegen das oft bis zur **Unerträglichkeit gesteigerte Auftreten meiner Hämorrhoidalschmerzen** und **Andrängen des Blutes nach dem Kopfe.**

Berlin, den 18. Januar 1877.
Große Frankfurterstraße 24.
Rennebarth, Maschinen-Arbeiter.

R. F. Daubitz'scher Magenbitter ist stets **echt** zu haben à Fl. 1 Mk. bei: Herrn **W. F. Meyer,** Herrn **Emil Brumme in Posen,** in **Bromberg** bei **Gebr. Nubel.**

Specialarzt
Dr. med. Meyer,
Berlin, Leipzigerstr. 91,

heilt auch brieflich Syphilis, Geschlechts-, Haut- u. Frauen-Krankheiten nach den neuesten Fortschritten der Wissenschaft selbst in den hartnäckigsten Fällen, mit stets sicherem und schnellem Erfolge.

Mein **Catalog,** welcher die nothwendigsten Mittheilungen über Obstbäume (Hochstamm, Halbstamm, Pyramiden. Spaliere und exotische Bäume 2c.) enthält, hat die Presse verlassen und kann auf Verlangen versandt werden.

Denizot,
Baumschulen-Besitzer in **Góreczyn** p. Posen.

Ein geräumiger **Laden** und Wohnung ist **Bergstr. 14** sofort zu vermiethen. Näh. Lindenstr. 2 im Comtoir

---

St. Martin 22 sofort 2 Stub n 2c. 3. Etage zu vermiethen.

Stollwerk'sche Brustbonbons sind sowohl naturel genommen als Abends und Morgens in heisser Milch oder Thee aufgelöst getrunken von vorzüglicher Wirkung gegen jedes Hals- und Brustleiden. In Originalpacketen à 50 Pfg., vorräthig in Posen bei **S. Alexander, C. Boie, E. Brechts Ww., A Cichowicz, Alb. Classen, Ed. Feckert jun., H. Hummel,** Apotheker **R. Kirchstein, A Luzinski, J. K. Nowakowski** und **Osw. Schraepe.**

Krämerstraße 25 ist eine Wohn. besteh. aus 3 Zimmern und Küche mit Wasserleitung zum 1. April c. verm

---

Eine Wohnung
von 2 St. u. Küche, part. od. 1 Tr., nicht zu weit vom Sapiehaplatz entfernt, wird von 2 ruh. Miethern (Beamter) zum 1. April c. gesucht. Gef. Off. m. Preisang. bitte Nr. 24 postlagernd Posen.

Ein oder zwei leere Zimmer, parterre oder 1. Etage, werden in der Nähe des Wilhelmsplatzes gesucht. Adr. Exped. d. Ztg. **18 # 10.**

Eine Parterrewohnung von 3 Stuben, Küche mit Wasserl. und Zubehör, auch eine kleinere, ist zu vermiethen bei **Machol,** Sandstr. 8.

Breite Str. 19 sind 2 Zimmer u Küche zum 1. April zu vermiethen.

Wohnungen
von 4 und 5 Zimmern und ein Lagerkeller zu vermiethen Breslauerstraße 9.

Garten zu verpachten Graben 17.

In **Golencin** ist ein massives Wohnhaus mit mehreren herrschaftlichen Zimmern sofort zu vermiethen.

Ein zweifenstriges möblirtes Zimmer ist Kl. Ritterstraße 3, zwei Treppen hoch, vornheraus zu vermiethen.

Eine Wohnung,
5 Zimmer mit Zubehör, parterre oder 1 Treppe in der Nähe der Post zum 1. Oktober verlangt. Offerten mit Preisangabe an **Rudolf Mosse** in Posen, Mühlenstraße 40 zu richten.

---

2 — 3 unmöbl. Zimmer, (Küche nicht erforderlich) im oberen Stadttheil und parterre oder 1. Stock belegen, werden per 1 April c. verlangt. Offerten mit **Preisangabe** an Rudolf Mosse in Posen, Mühlenstr. 4' erbeten.

Gesucht ein kleiner Speicher, oder eine große Remise Adr. **K K. 44.** in d. Exped

---

Ein gut möblirtes 2fenstr **Zimmer** mit separatem Eingange ist pr. 1. März Lindenstraße 6, im 2. Stock z vermiethen. Näheres daselbst rechts.

Auf dem Dom. **Lubosz** b. Pinne ist zum 1. April di **Hofbeamtenstelle** zu besetzen.

---

2 Schüler der höheren Klasse des Gnesener Gymnasiums, finden Aufnahme in einer anständigen Familie für mäßigen Preis. Adresse postlagernd **Gnesen H. Z. 3.**

Ein unverh. Wirthschafts-Beamte, evangelisch, militärfrei, 36 Jahre alt, deutsch u. polnisch, der Feder mächtig, sucht einen selbstständigen Posten. Off. erb. unter Inspektor **Schneider.** Steinau a. O. Hospital der barmh. Brüder.

Einen **Lehrling** sucht die Conditorei **K. Stark.**

Einen polnisch sprechenden Lehrling sucht

Posen. **Weiß,** Rothe Apotheke.

---

12 °/oo Abschluß-provision

gewährt eine feine, solide, inländische Lebens-Versicherungsgesellschaft für die Zuführung von Versicherungen.

Agenten für die Stadt und Provinz werden gesucht.

Offerten unter **J. L. 24** in der Exped. d. Ztg:

Den geehrten Herrschaften kann ich tüchtige Offizialisten u. Dienstboten, die gute Zeugnisse aufweisen können, bestens empfehlen. Personen, die ihre Stellungen zu verändern wünschen, wollen sich an mich vertrauensvoll wenden.

M. Bartkowiak, Miethsfrau, Ziegenstraße Nr. 4, 3 Treppen.

Ein **Brennermeister,** 38 Jahr alt, seit 20 Jahren selbstständig, dem die besten Zeugnisse zur Seite stehen, sucht vom 1. März ab Stellung. Adr. unter **W. 1** an die Expedition.

In **Putz** geübte Damen finden **lohnende** Beschäftigung.

Offerten **P. P. 100.** Exped. Pos. Ztg.

Ein junger Mann, der die Zuckerfabrikation erlernt hat und nur gute Zeugnisse aufweisen kann, auch mit der Landwirthschaft vertraut ist, sucht nach seiner am 1. April d. J. stattfindenden Entlassung vom einjährigen Militärdienst, für den Sommer Stellung als Feld-Magazinaufseher oder dergl. Gefl. Offerten erbeten unter der Adresse **R. Boehlke, Quedlinburg.**

Ein **Lehrling** findet Stellung bei **Benjamin Schoen,** Markt 55.

Ein **Torfstecher,** welcher fähig ist mit Dampf-, Roß- und Handmaschinen, auch Handarbeiten zu verfertigen, sucht Beschäftigung.

F. Fribwasser, Moschin.

Geübte **Schneiderinnen** finden Beschäftigung bei **J. Schönfeld,** Markt 60.

Einen tüchtigen unverh. **Gärtner,** der mit Blumenzucht und Gemüsebau genau Bescheid weiß, sucht zum 1. April das Dominium Gnuszyn bei Kikowo.

Zum 1. April d. J. sucht einen zur gelegentlichen Vertretung des Rendanten geeigneten **Kassen-Gehülfen.** Gehalt nach Uebereinkommen bis 1500 Mark.

Kreiskasse Neutomischel.

Auf einem größeren Gute im Schrodaer Kreise wird zum 1. April ein deutscher der poln. Sprache mächtiger unverh. **Wirthschaftsinspektor** gesucht. Geh. 500 Rmark. Nach Leistung mehr. Nur Bewerber aus anständiger Familie wollen Zeugnisse einschicken unter **B. F. 50.** postlagernd Schroda.

Einen Lehrling
mit guten Schulkenntnissen u. der poln Sprache mächtig zu Ostern oder Johanni sucht die Droguenhandlung von **F. G. Fraas.**

Ich suche ein Fräulein mit guter Schulbildung, perfekte Köchin bei hohem Lohn, Kinderfrauen, Diener und sehr viele Stubenmädchen.

Anders-Nietrzepkowska.

Die Stelle in meinem Haushalt ist besetzt.

Dr. Rummler, Gnesen.

Ein recht feiner u. gut empf. herrschaftl. Kutscher wird z. 1. April verlangt. Pers. Meld. b. Administr. **Hoffmann,** in Marienberg bei Posen.

Eine junge Dame sucht Stellung als Putzmacherin. Näh. b. **Szymanska** Halbdorfstraße 22.

Ein junger landw. Beamter aus guter Familie findet Stellung zum 1. April. Persönliche Vorstellung mit Attesten beim Administrator **Hoffmann** in Marienberg bei Posen.

Ein junger Mann sucht per 1. März oder 1. April einen Theilnehmer zu einem möblirt. Zimmer. Näheres bei **Nathan Charig,** Markt 90.

Familien-Nachrichten.

Die Verlobung meiner Tochter **Friedericke** mit dem Schlächtermeister Herrn **L. Witt in Berlin** beehre ich mich ergebenst anzuzeigen.

Gr. Oschersleben, 24. Februar.
M. Herzberg, Schlächtermeister.

Meine Verlobung mit Fräulein **Friedericke Herzberg,** Tochter des Schlächtermeisters Herrn **M. Herzberg** beehre ich mich ergebenst anzuzeigen.

Berlin, den 24. Februar 1877.
L. Witt, Schlächtermeister.

Statt besonderer Anzeige!

Die heute früh 4½ Uhr glücklich erfolgte Entbindung meiner lieben Frau **Magdalene,** geb. **Jaehnike** von einem gesunden Töchterchen beehre ich mich hiermit ergebenst anzuzeigen.

Josephowo, den 25. Februar 1877.
Braune, Pastor.

Meine liebe Ehefrau geb. **Hildebrandt,** ist am 27. d. M. dem Herrn entschlafen. Ihre irdischen Ueberreste werden am 1. März, 3 Uhr Nachmittags zur Ruhe bestattet werden, was ich, um stille Theilnahme bittend, allen Verwandten und Bekannten hiermit anzeige.

Werdum, den 27. Februar 1877.
Carl Mittelstaedt.

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verlobt: Fräul. Anna Hiller mit Lieutenant d. Ref. Wilhelm Mühling in Berlin. Fräul. Anna Elsner von Gronow mit Prm.-Lieut. Ernst Brinkmann in Kalinowitz-Ratibor. Fräul. Kaethe Luther mit Lehrer Dr. R. Rodenwaldt in Berlin. Frl. Anna Wille mit Schornsteinfegermeister Hermann Hirtzel in Berlin. Frl. Mathilde Mülentz mit Kaufmann Ernst Wegener in Alt-Wustrow-Magdeburg. Frl. Alwine Weilich mit Zahlmstr. H. Zesch in Guben Altona.

Verehelicht: Hofprediger Dr. F. A. Strauß mit Frl. Helene v. Alten in Potsdam Hauptmann Louis von Heydebreck mit Frl. Kathinka von Bonin in Guben. Prem.-Lieutenant Richard von Horn mit Frl. Lisbeth Hartung in Königsberg i. Pr. Herr Martin Schaale mit Frl. Elise Lackowski.

Geboren: Ein Sohn: Hrn. Erich v. Itzenplitz-Grieben in Grieben. Major a. D. Ernst v. Mutius in Albrechtsdorf. Bürgermeister Langenfeld in Hückeswagen. Herrn Julius Treuherz in Berlin.

Heute Abend und jeden Mittwoch
Eisbeine
F. W. Mewes,
Café & Restaurant,
Breslauerstraße 30.

Berg-Halle.
Heute und folgende Tage
Gesang-Vorträge
Bergstr. 14. T Zieliński

Zither-Unterricht
ertheilt
Felix Lohr,
Zitherlehrer,
St. Martin 29.

B. Heilbronn's
Salon-Theater.
Täglich Vorstellung u. Concert.

Volksgarten-Theater.
Mittwoch:
Konzert u. Vorstellung.
Auftreten des gesammten Künstler-Personales.

Zu meinem am Donnerstag den 1. März stattfindenden Benefiz, die
Luftschlösser,
ladet ergebenst ein. **M. Erck.**

Interims-Theater.
Mittwoch, den 28. Februar 1877.
Kein Theater.

Donnerstag, 1. März. Benefiz für Fräul. Marie Erck. **Luftschlösser.** Posse mit Gesang in 3 Akten u. Bildern von Mannstaedt und Weller. Musik von A. Mohr

Freitag, den 2. März. Benefiz für Frau Trauth: **Die verzauberte Prinzessin** oder **Adel und Industrie,** Lebensbild in 5 Akten von Oktave Feulliet nach der Wiener Stadttheater-Einrichtung von Dr. Heinrich Laube.

Die Direction.

Druck und Verlag von W. Decker u Co. (E. Röstel) in Posen